

Siegfried Egel

Staatsmann Woodrow Wilson

Als US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 dem Kongreß seine Botschaft mit den 14 Punkten zur Friedensregelung unterbreitete, war ihm bekannt, daß seine europäischen Verbündeten bereits in Geheimverträgen seit 1915 eine Neuverteilung ihnen nicht gehörender Territorien abgesprochen hatten. Das Echo aus London faßte die *Times* in die Worte:

"Unser stärkstes Bedenken gegen die Botschaft des Präsidenten ist, daß er in dem Höhenflug seines Idealismus gewissen Realitäten keine Rechnung trägt."

Englands, Frankreichs und Italiens "Realitäten" sahen Vorherrschaft und Landerwerb bis hin zu den deutschen Kolonien und rohstoffreichen Beutestücken aus dem Osmanischen Reich (Türkei) vor.

Während Deutschland und Österreich sich bereitfanden, auf Wilsons Botschaft einzugehen, forderte der von England und Frankreich begründete Oberste Kriegsrat die Fortsetzung des Kampfes, und die in europäischen Häfen angelandeten 1,2 Millionen us-amerikanischen Truppen unter General Pershing erkämpften den Durchbruch durch die deutschen Stellungen in Frankreich.

Selbst am 4. Oktober 1918 ging Wilson nicht sogleich auf das erneut dringend über die vermittelnde Schweizer Regierung vorgetragene Waffenstillstandsersuchen ein, sondern ließ erst einen Notenwechsel mit Deutschland führen. Dieser sollte allein dem Ziel dienen, Deutschlands militärische Widerstandskraft zu schwächen und im Innern des Landes die Umstürztendenzen zur Beseitigung der Monarchie zu fördern. So forderte er -- zusammen mit seinen Alliierten -- zusätzlich als Vorbedingung für Verhandlungen den Rückzug deutscher Truppen aus allen besetzten Gebieten sowie aus Elsaß-Lothringen. Plötzlich wurden dann weitere Vorleistungen für die Annahme des Waffenstillstandsersuchens gefordert: 20 Milliarden Goldmark, Tausende von Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Lastkraftwagen, Treibstoffe, 140.000 Milchkühe, 40.000 Stuten, 25.000 Schweine, 245.000 Geflügel, diverse Maschinen aller Art, Kohle, Baumaterial usw. usw. Nachforderungen und Fortführung der Blockade wurden angedroht und später umgesetzt.



Siegfried Egel

Staatsmann Woodrow Wilson

Theodore Roosevelt in einem Aufruf zu seiner Präsidentenwahl 1912

"Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Throne eine unsichtbare Regierung, die dem Volke keine Treue schuldet und keine Verantwortlichkeit anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu lösen, ist heute die erste Aufgabe des Staatsmannes."

Theodore Roosevelt, "Aus meinem Leben",

Leipzig, 1914, S. 487

Theodore Roosevelt scheiterte an diesen Zuständen ebenso wie später Woodrow Wilson in ihrer jeweils 8-jährigen Amtszeit als Präsident der U.S.A.

Woodrow Wilson in Versailles

"Ohne Wilson's Gegengewicht wäre Deutschland nach dem Willen der Alliierten als einiges Volk vernichtet worden und selbst zu passivem Widerstande unfähig. ..."

Er war entschlossen,

"das ganze Projekt einer dauernden militärischen (teilweise sogar ökonomischen) Kontrolle Deutschlands nach Friedensschluß durch die alliierten Militärkommissionen zu vernichten."

Das hinderte Präsident Wilson jedoch nicht, am Ende selbst die erste Unterschrift unter das Versailler Friedens-Dokumentenbuch zu setzen.

R.St. Baker, "Woodrow Wilson -- Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles anno 1919", Leipzig 1923, Bd. 1, S. VI + 251.

Copyright
by

Vrijl Historisch Onderzoek März 2000

Verantw. i.S.d. Pressegesetzes:

Herbert Verbeke, Antwerpen

Postbus 60

B 2600 Berchem 2

Gebet (!) des us-amerikanischen Kongresses vom 10. Januar 1918

"Allmächtiger Gott, unser himmlischer Vater! Du weißt, daß wir in einem Kampf auf Tod und Leben stehen gegen eine der schandbarsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutgierigsten und sündhaftesten Nationen, die je die Geschichtsbücher geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genug Tränen gepreßt hat, einen neuen Ozean zu füllen, und daß es genügend Blut vergossen hat, jede Woge dieses Ozeans zu röten, und daß es aus den Herzen von Männern, Frauen und Kindern genügend Schreie und Stöhnen gepreßt hat, um daraus ein neues Gebirge aufzutürmen."

"Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das mächtige Pack hungriger wölfischer Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, daß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen. Und wenn alles vorüber ist, werden wir unsere Häupter entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben. Und Dir sei Lob und Preis immerdar durch Jesus Christus. Amen."

Das Ostpreußenblatt, 18. März 2000, S. 3.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 84-86,
20144 Hamburg +

Franz Uhle-Wettler, "Erich Ludendorff in seiner Zeit", Berg 1996, S. 206: Hier = "Gebet des amerikanischen Parlamentes (House of Representatives)"

Inhalt:

Die Monroe-Doktrin als Tarnmantel	3
Die Macht von Woodrow Wilson	5
Gefangener seiner selbst ernannten Ratgeber	12
"Oberst" House	13
L.D. Brandeis + Bernard Baruch	15
Walter Hines Page	16
Lord Northcliffe	17
Freimaurer und andere Brüder	18
Greuelpropaganda als Orientierungsmaßstab	18
Wilson in der Beurteilung seiner eigenen Leute	20
Der Seckrieg als Vorwand	24
Wilson als Imperialist	33
Die 14 Punkte zum Friedensprogramm der USA	35
Kriegsherr Wilson bis zum Frieden von Versailles	36
Wilson's Ende	40

ISSN 0176 - 4144

Die Monroe-Doktrin als Tarnmantel des US-Imperialismus

Das Zeitalter des Imperialismus, das vornehmlich in seiner Ausprägung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in unsere Tage reicht, hat unverhohlen weltweit zu gewaltsamen Eroberungen der maßgebenden europäischen Völker geführt. Durchgesetzte Gewalt schuf das Recht. Der mit dieser Expansion verbundene Auswandererstrom europäischer Pioniere, die mit den technischen Kenntnissen und Fertigkeiten ihrer Heimatländer ausgerüstet waren, führten jedoch auch zu neuen Machtverhältnissen und Lageveränderungen, die nach und nach ein Ende der Kolonialpolitik einleiteten.

Schrittmacher der auf Selbständigkeit hinstrebenden Bemühungen war zweifellos die nordamerikanische Föderation der 13 ehemaligen englischen Kolonien, die sich ihren unabhängigen, wenngleich auf den Ostküstenbereich Nordamerikas südlich von Kanada beschränkten Besitzstand im Frieden von Paris (Versailles) 1783 als Ergebnis ihres seit 1775 geführten Freiheitskrieges und der 1776 erklärten Unabhängigkeit von Großbritannien, Frankreich und Spanien anerkennen ließ. Bereits damals nannte sich jene Konföderation „United States“, doch war sie mit ihren 2,9 Millionen qkm und 4 Millionen Menschen, ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den nach wie vor präsenten Imperialmächten noch keineswegs zu vergleichen mit den USA, die um 1890 mit abgeschlossener Westwanderung und Westsiedlung ihre Grenze bis zum pazifischen Ozean vorgeschoben und mit einer Bevölkerung von über 100 Millionen bei weitgehender Ausrottung der Ureinwohner – Indianer – abgesichert haben.

Nachdem 1788 die USA-Verfassung angenommen worden war und George Washington am 4.3.1789 als erster Präsident der USA sein Amt angetreten hatte, erlebte dieser junge Staat dank seiner „unbegrenzten Möglichkeiten“, kontinentweiten Rohstoffreserven, ungehemmter Einwanderung qualifizierter und leistungswilliger Europäer sowie vernünftiger Wirtschaftspolitik einen unglaublichen Aufschwung. Trotz des späteren Bürgerkrieges zwischen den Nord- und Süd-Staaten, bei dem es vordergründig um die Abschaffung der Sklaverei ging, entwickelte sich dieser Staat zur unbestrittenen amerikanischen Führungsmacht. Dies gelang trotz des späteren Bürgerkrieges. Das spanische Südamerika hat sich erst in den Jahren zwischen 1809 und 1824 von seinen europäischen Herren losgelöst.

Als Meilenstein auf dem Weg zum steigenden Selbstbewußtsein der jungen United States of America ist zweifellos die in der Jahresbotschaft des 5. Präsidenten, James Monroe, am 2. Dezember 1823 meisterhaft formulierte sogenann-

te „Monroe-Doktrin“ zu nennen. Sie sollte deutlich machen, daß sich die europäischen Staaten aus den amerikanischen Verhältnissen heraushalten sollten, während die USA sich vorbehalten, auf dem Gesamtkontinent Amerika mitzureden, bzw. überhaupt den maßgebenden Ton anzugeben. Die gewählten Ausdrücke sind in ihrer Interpretationsmöglichkeit dehnbar, anwendbar oder nicht. Es handelt sich um eine außenpolitische Richtlinienklärung der USA-Regierung, nicht um eine diplomatische Note, die irgendeiner Regierung überreicht worden wäre.

Amerikanischer Boden sollte künftig nicht mehr Kolonisations- „oder sonstige abhängiges Gebiet“ sein. Noch bestehende europäische Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent seien jedoch, soweit sie aus europäischen kriegerischen Verwicklungen herausgehalten werden, zu dulden. Die von den USA gewählte demokratisch-repräsentative Regierungsform – zumindest im analogen Aufbau – sei für alle amerikanischen Staaten am zweckmäßigsten und daher zu empfehlen bzw. zur Pflicht zu machen.

„Jeden Versuch, ihr (der europäischen Monarchien) System auf Amerika zu übertragen, sehen wir als gefährlich für unseren Frieden und für unsere Sicherheit an.“

Diese Formulierung sollte in nachfolgender Zeit wiederholt für die USA-Regierungen der moralische Vorwand sein, sich in die Staatenwelt, zunächst Mittel- und Südamerikas, dann aber auch im pazifischen Raum und in fremden Kontinenten einzumischen. Immer meisterhafter verstanden sich die US-Präsidenten darauf, die Regierungsform dieses oder jenes Staates eigenem Machtkalkül gemäß als friedensstörend, barbarisch, diktatorisch, unhuman oder wie auch immer – unter Berufung auf die eigene höhere Moral – anzuprangern oder auch nicht. Andere Staatsführungen, wie z.B. die mittels Revolution an die Macht gelangten Regime, sofern sie den USA erwünscht waren, wurden als „de-facto Regierungen“ anerkannt, damit „international legalisiert“. Bestes Beispiel für diese Praxis war die Anerkennung der massenmörderischen Sowjetunion 1933 und die Aufnahme als friedliebender militärischer Bundesgenosse im Jahre 1941.

Bei alledem solle den USA die Rolle des Schiedsrichters, Weltenbeglückers, maßgebenden Repräsentanten der freiheits- und friedliebenden Völker, „des moralischen Gewissens der Menschheit“, „des Vollzugsorgans einer höheren sittlichen Weltordnung“ zufallen. Allein sie hätten darüber eigenmächtig zu verfügen, ob, wann und wie Völker bzw. Regierungen mit Boykott, Krieg oder mit Revolutionen von innen zur gewünschten „Einsicht“ bzw. Gleichschaltung gezwungen

werden.

Schon im 19. Jahrhundert erwies sich, daß sich die Monroe-Doktrin gut eignete, Wirtschafts-Interessen für die USA in der westlichen Hemisphäre durchzusetzen, indem die US-Presse oder -Diplomatie eine "Bedrohung" oder "Verletzung" der Monroe-Doktrin-Prinzipien vorschob, wobei es lediglich um ökonomische Kontakte oder Konzessionen "einer europäischen Macht" in irgendeinem mittel- oder südamerikanischen Land ging. Als um die Jahrhundertwende gar ein deutsches und auch ein englisches Kriegsschiff ein Fort in Venezuela beschuß, um Nachdruck zur Bezahlung von finanziellen Verbindlichkeiten zu demonstrieren, oder ähnliches sich um den Kolonialbesitz der USA und des Deutschen Reiches auf den pazifischen Samoa-Inseln abspielte, waren die Moral-Attacken gegen die Deutschen besonders hochgefahren worden.

Deutschland war übrigens schon seit 1870 ins Ziel imperialistischer Verdächtigungen im Monroe-Doktrin-Bereich geraten. Es standen damals Wirtschaftsinteressen im karibischen Raum zur Debatte. Gleichartige Bestrebungen der Wallstreet-Kreise in diesem Raum unterlagen einer grundsätzlich anderen Wertung, selbst wenn sich die USA im Gegensatz zu Deutschland in Mittelamerika nicht nur wirtschaftlich, sondern auch machtpolitisch auszudehnen und festzusetzen gedachten.

Der seinerzeitige US-Staatssekretär Bayard kritisierte diese Methoden in seinem Land am 5.2.1889 mit den Worten:

*"Es entsetzt mich, von dem dummen, blöden Kriegsschwätz zu lesen. ... Der Ton unserer Presse ist mir widerwärtig, und nicht nur die Presse allein, sondern auch das Gerede von Leuten in hohen öffentlichen Stellen, die die weittragende Entscheidung von Krieg und Frieden zwischen großen Staaten regeln wollen, gerade wie Ringkämpfer oder streitende Schuhputzer."*¹⁾

In der Monroe-Doktrin ist eine Selbstverpflichtung der USA, sich mit den eigenen Grenzen zu begnügen und auf Expansion auf dem amerikanischen Kontinent oder sonstwo, also auch auf Kolonien, zu verzichten, nicht enthalten.

Auch von einer innenpolitischen Machtbeschränkung des US-Präsidenten, der gemäß der US-Verfassung außergewöhnliche Vollmachten besitzt, wie sie in keiner anderen Demokratie üblich sind, ist keine Rede. Man denke an all die eigenmächtigen, d.h. diktatorischen, für die USA und sogar fremdkontinentale Länder verbindlich gewordenen Entschlüsse des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt sowie an seinen berühmten Ausspruch:

„Ich kann niemals Krieg erklären: ich kann Krieg machen. Wenn ich den Kongreß ersuchen müßte, Krieg zu erklären, würden sie darüber 3 Monate diskutieren.“²⁾

Doch solcherart Sprüche hatte der bereits von 1913 - 1920



Thomas Woodrow Wilson ("Demokrat" genannt, weil er Mitglied der Demokratischen Partei war), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1913 - 1921

als Unterstaatssekretär der Marine dienende F.D.R. von seinem damaligen Herrn und Meister Woodrow Wilson übernommen, der sich tatsächlich ähnlich geäußert und auch entsprechend gehandelt hatte. Schließlich hatten beide auch weitgehend dieselben "Berater", die sich im US-Verfassungsrecht und ihrer praktischen Anwendung gut auskannten. Die USA behalten sich, wie aus den Sprüchen und Taten der US-Präsidenten hervorgeht, bezüglich der Monroe-Doktrin alle eigenen Entscheidungen vor.

Der in späterer Zeit vermittelte Eindruck, die USA hätten sich mit dieser Monroe-Doktrin irgendwelche Selbstbeschränkungen, sei es in bezug auf Nordamerika oder Gesamt-Amerika, auferlegt, ist somit falsch. Zwar wird der Eindruck erweckt, als habe sich der Text nur auf Amerika bezogen und somit eine Einmischung in fremdkontinentale Verhältnisse als unamerikanisch verworfen, doch ist im Text der Monroe-Doktrin über einen selbst weltweiten Expansionsdrang der USA nichts hindernd in den Weg gelegt. Somit kann alles, was die USA weltweit unternommen und sich angeeignet haben und in Zukunft beabsichtigen, mit der Monroe-Doktrin in Einklang gebracht werden.

Diese kurze Rückblende auf ein vielgerühmtes „Freiheits-Dokument“ erscheint angebracht, um dem üblichen Aufwand an moralischen Redensarten, dem die Völker, hauptsächlich die besiegten Nationen allgegenwärtig ausgesetzt sind, nüchterne Realität gegenüberzustellen.

1) Charles Tansill, "Amerika geht in den Krieg", Stuttgart, 4. Aufl. n.J. S. 5 Fußnote.

2) H.E. Barnes, „Entlarvte Heuchelei“, Wiesbaden 1961, S. 143. + A. Wedemeyer, „Der verwaltete Krieg“, Gütersloh 1958, S. 17.

Die Machart von Woodrow Wilson

Die Verwaltung unseres 28. Präsidenten, Woodrow Wilson, sah die Einführung der progressiven Bundes-Einkommensteuer, des Federal Reserve Systems – des von der Regierung unabhängigen Währungssystems – vor und verwickelte die USA in den Ersten Weltkrieg, der die Voraussetzung für den Zweiten Weltkrieg, den Kalten Krieg und die sich anschließende nicht endende Serie der „Buschfeuer-Kriege“ geschaffen hat.

Nachfolgend sei die kaum bekannte Geschichte Woodrow Wilsons über seine ideologischen Bindungen sowie die hochrangigen, hinter den Kulissen wirkenden Kräfte vorgetragen, die Wilson an die Macht in den Vereinigten Staaten von Amerika und diese dahin gebracht haben, wo sie sich jetzt befinden.

Die heutigen opportunen Historiker porträtieren Woodrow Wilson als den Vorkämpfer der Fortschrittsära, einen vorwärtshlickenden Realisten, der Amerika in die moderne Zeit geleitet hat. Wilson wird gelobt als weltweit orientierter Staatsmann, der die Notwendigkeit eingesehen habe, die Isolation preiszugeben und den USA neue Perspektiven in der Weltarena zu eröffnen. Obwohl die bewundernden Historiker ihn nahezu einheitlich deshalb verurteilen, weil er die Mitgliedschaft der USA im Völkerbund nicht durchgesetzt hat, so loben sie doch seine tapferen Bemühungen um die Schaffung dieser übernationalen Organisation.³⁾

Andere – einschließlich solcher Historiker wie Prof. Harry Elmer Barnes, dessen Andenken *The Barnes Review* gewidmet ist – haben ein weniger günstiges Bild von Wilson herausgefunden. Ihnen steht die Doppelzüngigkeit und der sich hinter den Kulissen abspielende Verrat vor Augen, Amerika in den Ersten Weltkrieg hineinmanövriert zu haben, einen Krieg, den viele Amerikaner als rein europäisches Anliegen betrachtet hatten, in das sich die USA nicht hätten einmischen sollen. Wurden doch hiermit gleichzeitig die Grundlagen für die Nachkriegsstreitigkeiten geschaffen, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten.

Populisten verweisen auf Wilson als den Präsidenten, der – inspiriert vom Kommunistischen Manifest – mit Hilfe der

widersprüchlichen 16. Ergänzung (Amendment) zur Verfassung die Bundes-Einkommensteuer eingeführt hat. Sie rufen auch in die Erinnerung zurück, daß es Wilson war, der das in Privat-Monopol-Besitz übertragene Bundesbank-System ermöglicht hat, das unter dem Begriff „Federal Reserve System“ bekannt ist. Andere verweisen darauf, daß Wilson einer der ersten amerikanischen Präsidenten war, der die Theorie des Freihandels als Grundlage der nationalen Politik zu institutionalisieren versucht hat. Unter Wilson begann auch die populäre Wahl der US-Senatoren, die Entziehung des traditionellen verfassungsmäßigen Mandats der Einzelstaaten, Mitglieder in das Oberhaus des Kongresses zu wählen; – ein gewaltiger Schlag gegen die republikanische Form der Regierung.

Wilson – soweit ist deutlich – ist eine widersprüchliche Figur. Trotz aller Debatten über Wirtschaftspolitik und deren Legalität kennen – abgesehen von akademischen Kreisen – nur wenige Leute die Ursprünge von Wilsons Initiativen. Um sie zu erfassen, muß man die Kräfte berücksichtigen, die den 28. Präsidenten der USA veranlaßt haben, die Politik zu betreiben, die er durchgesetzt hat.

Obwohl Wilson 1912 als Vertreter der Demokratischen Partei, gewählt worden war – der Partei von Thomas Jefferson und Andrew Jackson, zwei der populärsten Staatsmänner Amerikas – war Wilson alles andere als ein Populist oder Nationalist. Der sehr kritische Biograph Wilson's, Jennings Wise, schrieb 1938:

„Wenn überhaupt etwas, so war Wilson ein Jünger der Revolution.“

Als Sohn eines presbyterianischen Ministers und einer englischen Mutter, war Wilson 1856 in Virginia geboren, aber in Georgia aufgewachsen. So mochte man auch erwarten, daß der junge Wilson die Auffassungen und Gewohnheiten der Südstaatler aus der Nach-Bürgerkriegszeit übernommen hätte. Hingegen begann Wilson, Wise zufolge, mit Ausnahme der britischen Demokratien alles „von oben herab“ anzusehen.

3) Geboren als Sohn eines Geistlichen mit schottischen Vorfahren in Staunton/Virginia am 28.12.1856 war er damals 38 Jahre alt, im Schicksalsjahr 1914 = 57 und 1919 = 62. Nach Beendigung seines Studiums wurde er Rechtsanwalt in Atlanta. 1885 veröffentlichte er seine Promotionsschrift „Congressional Government“, eine Kritik an den für die Öffentlichkeit kaum erkennbaren undemokratischen Methoden der amerikanischen Volksvertretung. Darauf wurde er Lehrer für Geschichte und politische Wirtschaftspolitik an der Frauenhochschule Bryn Mawr College. 1890 übernahm er den Lehrstuhl für Politik und Recht an der Princeton-Universität, 1902 deren Leitung. An Büchern verfaßte er fernac, „Georg Washington“ und „The State“, eine vergleichende Regierungslehre. Die deutsche Ausgabe „Der Staat“ widmete er noch 1913 in bemerkenswerter Weise dem deutschen Volke. Sogar für das Herrscherhaus der Hohenzollern fand er rechtfertigende und lobende Worte. Als weitere Bücher folgten „Nur Literatur“ und seine Wahlreden „Die neue Freiheit“. 1910 übernahm Wilson, „dessen Größenwahn unerträglich wächst“, wie Kritiker damals feststellten, den Gouverneurposten des Staates New Jersey.

Der Bürgerkrieg hatte die Konföderation in Asche zurückgelassen. Als Konsequenz hieraus kehrten sich Vater und Sohn Wilson vom amerikanischen System desillusioniert ab. So wurde Woodrow, als er sein Studium in Princeton aufnahm, ein leidenschaftlicher Anglophile. Wise formulierte hierzu:

„Gegen Ende seines letzten Semesters wurde er führender Sprecher im College. So gesetzt war sein Charakter, so entwickelt waren seine Vorurteile, daß er sich weigerte, in einer College-Debatte den Schutzzoll gegen den Freihandel zu verteidigen. Und dies aus lauter Bewunderung für den britischen Premierminister Gladstone und die britische Freihandelspolitik.“

Wilson immatrikulierte an der Universität von Virginia, die von **Thomas Jefferson** gegründet worden war, um Jura zu studieren. Aber er war dort nie ganz zu Hause. Von Anfang an fühlte er sich an der Universität, wo Jefferson nahezu wie ein Heiliger verehrt wurde, nicht recht wohl. Seinen eigenen Worten zufolge, so Wise, wurde er „so etwas wie ein Föderalist“, zumal er **Alexander Hamilton** (Jeffersons großer Gegner) als den größten amerikanischen Staatsmann – Washington nicht ausgeschlossen – ansah.“

Seine angeschlagene Gesundheit gab Wilson Gelegenheit, Jeffersons Universität zu entfliehen und seine Jura-Studien zu Hause zu vollenden. Doch obgleich er in Georgia ein Rechtspraktikum bekommen hatte, ließ er sich in die Oberstufe der **Johns Hopkins Universität** in Baltimore einschreiben, wo er Wirtschaftspolitik, Philosophie, Geschichte und Regierungspraxis studierte. An der Hopkins Universität vervollständigte er sein Promotionsthema, das schließlich 1885 unter dem Titel „Congressional Government“ publiziert wurde. Diese Arbeit war Wilson's tatsächliche Kriegserklärung gegen die verfassungsmäßige Republik. Wilson schrieb:

„Die Verfassung ist nicht mit blinder Verehrung zu achten. Je aufgeschlossener wir als Nation ihren Wirkungen gegenüberstehen, und je schneller wir wachsen, alle gründlich geprüften oder wohlgedachten Zweckmäßigkeiten für eine Selbstregierung unter uns mit uneingeschränkter Macht, klarer Verantwortung und ungezügelterm Mut anzuwenden, desto eher werden wir uns dem gesunden Gefühl und praktischen Genius der großen und verehrungswürdigen Staatmänner von 1787 annähern.“

Obgleich Wilsons Worte wie eine Huldigung an die Gründungsväter erscheint, faßte Wilson's Biograph dessen Haltung durchaus richtig mit den Worten zusammen:

„Deutlich rief er sich unter den Bedingungen der Verfassung wund.“

In der Tat war „Congressional Government“ eine Huldigung an das britische parlamentarische System, das Wilson so lange bewundert hat.

Und jetzt, da er sich auf die elitären Kreise zubewegte, die als das „östliche Establishment“ umschrieben werden, machte sich Wilson – wie auch seine Anhänger – Sorgen über die wachsende populäre Bewegung, die sich in den amerikanischen Provinz-Regionen unter der Führerschaft von Leuten



Drei europäische Verbündete: (v. lks.) Nikolaus II., Zar von Rußland; Raymond Poincaré, Präsident Frankreichs; Georg V., König von Großbritannien und Irland

wie **William Jennings Bryan** von Nebraska breitmachte.

Wilson's Biograph zufolge war der junge Akademiker wie auch seine intellektuellen Anhänger „überzeugt, daß Bryans Philosophie das Produkt eines gefährlichen Nationalismus“ sei und daß „Amerika von der traditionellen Isolationspolitik, wie sie für beide nationalen Parteien charakteristisch ist, weggeführt werden müsse“. Wise:

„Wilson hat sich jetzt zu dem Glauben in die Notwendigkeit einer Anglo-Amerikanischen Allianz ausgesprochen. Er behauptete weiterhin, daß beide nationalen Parteien im Absterben begriffen seien und drängte auf die Gründung einer dritten Partei. Deutlich stellte er sich vor, daß eine solche den amerikanischen Isolationismus aufgeben werde, der, wie er fühlte, eine Bedrohung für die Welt geworden sei. Da er jedoch ein unbekannter Professor war, machte er mit diesem Vorschlag natürlich keine Schlagzeilen.“

Um 1895 begann Wilson in wachsendem Maße sich als eine Art Staatsmann zu betrachten.² Er nahm aber auch zur Kenntnis, daß seine Weltsicht nicht mit der Mehrzahl der Amerikaner übereinstimmte. Lange Zeit hat Wilson seitdem in der Gefahr des Bryanismus eine große politische Gelegenheit für sich selbst gesehen. Darüber hinaus hat er gelernt, so Wise, daß er aufhören müsse, von der Überlegenheit der Briten über das amerikanische Regierungssystem zu sprechen.

So begann Wilson – im wesentlichen wohl, um sich selbst abzusichern – das Leben des amerikanischen Präsidenten **Washington** zu beschreiben: Er wollte jetzt mit der Glorifizierung des patriotischen „Vaters“ einen populären Appell an das Land richten. Als er sein Manuskript fertiggestellt hatte, stand er am Rand eines physischen Zusammenbruchs. Dennoch war er noch so gut drauf, um Aufmerksamkeit für die Tatsache zu erwecken, daß es „13 Briefe mit den Namen von **Geo. Washington** und **Woodrow Wilson** gäbe. ...“

In dem vervollständigten Manuskript seines Buches „**George Washington**“ ging Wilson sogar so weit zu behaupten, **Washington** habe sich zu einer bestimmten Zeit danach gesehen, in sein Heim nach England zurückzukehren, obgleich **Washington** ein geborener Amerikaner war. Wilson's kritischer Biograph **Wise** beschrieb dies als einen fast „grotesken

Fehler, doch er enthüllte einen Blick auf Wilson's Bewunderung für England. Ungeachtet dessen hatte Wilson's Arbeit über Washington die bemerkenswerte Auswirkung, Woodrow den Anschein eines Konservativen oder traditionsgebundenen Amerikaners zu verleihen. In Wirklichkeit dachte er eher revolutionär.

Im Jahr 1902 wurde Wilson -- sein akademischer Ruf war gewachsen -- Präsident von Princeton. Und hier in Princeton war der Grundstein gelegt für seine Verbindungen zum östlichen Establishment und seinen Sprung ins Weiße Haus. Als Präsident von Princeton wurden Wilson's private Finanzen nicht nur infolge des Einkommens bei der Universität verbessert, sondern auch durch Zuwendungen von Kräften der Wallstreet, die in dem verträumten Wilson ein biegsames Werkzeug für die Zukunft sahen. Der außerordentlich bestechliche Wilson war auf diese Weise als möglicher Präsidentschaftskandidat bereits „eingekauft“.

Im Jahr 1906 trat ein Ereignis ein, das nicht nur einen starken Widerhall in Wilson's Leben auslöste, sondern auch den Kurs für die Zukunft Amerikas bestimmte. Über diese Geschichte ist bereits in knappen Einzelheiten hin und wieder berichtet worden, doch sei sie hier vollständig aufgezeigt.

Im Jahr 1906 hatte Wilson (49-jährig) einen Schlaganfall erlitten, der sein linkes Auge erblinden ließ und periodisch seinen rechten Arm lähmte. Auf Drängen seiner Frau begab er sich zur Erholung auf die Bermudas. Dort traf er **Mary Allen Hulbert Peck**, die sich auf Urlaub befindliche Frau eines Wollkleidungs-Fabrikanten aus Pittsfield, Massachusetts. Während sich Herr Peck geschäftig um das Familienunternehmen in New England kümmerte, befaßte sich Wilson mit dessen Frau.

Obwohl Wilson früher von seinen eigenen Bemühungen berichtet hatte, „die aufrührerischen Elemente in meinem eigenen Blut unter Kontrolle zu bringen“, genoß der Princeton-Schüler die ehebrecherischen Schäkereien so nachhaltig, daß er eine Rückkehr nach Bermuda für Januar und Februar 1908 arrangierte, um dort seine Verbindung mit Frau Peck wieder aufzunehmen.

Heimgekehrt zu seiner Familie, gestand er seine Affäre seiner Frau. Sie hat ihm verziehen. Doch offensichtlich hatte Wilson seine Affäre nach wie vor im Sinn, als er sich nach Pittsfield, dem Wohnsitz der Familie Peck, begab. Dort erklärte er in einer Rede:

„Wenn es einen Platz gibt, wo wir unsere Moral beiseitelegen müssen, so sollte dieser Platz im Bereich des Privatlebens sein. Es ist besser, gegenüber wenigen Personen unaufrichtig zu sein, als gegenüber einer großen Zahl von Menschen.“

Klar, Wilson hat begonnen, einen neuen Moralstandard zu definieren, um zumindestens für sich selbst den Betrug an seiner Frau zu rechtfertigen. ...

Doch das Bekenntnis seiner Frau gegenüber war nicht das Ende der Affäre. Frau Peck leistete sich ein Haus in New York City, und in den Jahren 1909 und 1910 nahm Wilson seine Beziehung zu ihr wieder auf. Einem Biographen

Wilson's zufolge entwickelte sie sich jetzt zu einer umfassenden Liebesaffäre. „Die zehn Gebote seien flexibel, das Leben sei durch Tausende von Umständen äußerst kompliziert“, so hatte Wilson seinen Absolventen in Princeton dargelegt. Offensichtlich war Wilson's Affäre ein solcher Umstand, der ihn veranlaßte, die Umgehung der Gebote Gottes mit solchen Sprüchen zu rechtfertigen.

Jedoch war die Schäkerei mit Frau Peck nicht Wilson's einzige außereheliche Erfahrung. Es scheint, als ob sein Ehebruch mit Frau Peck ihn so angeregt hat, daß ihn seine neue Auffassung über Moral in die Arme noch einer anderen verheirateten Frau führte, der Frau eines Princeton-Kollegen. Der Name dieser Frau ist der Geschichte verlorengegangen, wobei Wilson's Eskapaden mit Frau Peck und dieser Frau durcheinandergebracht wurden. ...

Trotz dieser privaten Ausschweifungen bewegte sich Wilson während dieser Zeit Schritt für Schritt auf eine politische Karriere zu. Die Haupttriebkraft hinter Wilson's Ehrgeiz war George Harvey, der Herausgeber der einflußreichen „Harper's Weekly“. Dem Historiker Ferdinand Lundberg zufolge war dieser ein Gefolgsmann der J.P. Morgan-Banken, die, so sei hinzugefügt, die amerikanischen Vorreiter für die europäischen Rothschild-Finanzinteressen waren. 1910 ebnete Harvey Wilson's Gouverneurs-Wahl in New Jersey und legte damit den Grundstock für Wilson's Präsidentschaftskandidatur im Jahr 1912 als Vertreter der Demokratischen Partei.

Angesichts seiner Wahl zum Gouverneur beendete Wilson seine Beziehung zu Frau Peck, wenngleich beide ihre Korrespondenzen aufrechterhielten, als sich Wilson auf seine künftigen politischen Ambitionen konzentrierte. Doch diese Affäre -- auch das Tschelmechtel mit der Frau seines Princeton-Kollegen -- sollte Wilson noch in Bedrängnis bringen.

In New Jersey und anderswo stimmten Bewunderer und Verleumder gleichermaßen darin überein, daß Wilson ein guter Redner und ein befähigter Politiker sei. Aber Wilson betrachtete sich als etwas sehr viel Größeres. Er begann sich als eine Art Botschafter Gottes zu betrachten.

Einmal beschrieb er seinen eigenen Wunsch, „ein Minister für den Staat, ein Instrument (göttlichen) Rechts mit nicht weltlichen, sondern religiösen Motiven zu sein.“ Der vorgebliche Präsident und Weltengestalter erklärte,

„er fühle es, daß er ein Führer sei, der in seinem Geist jene Reformen entwirft, die sich auf die Statuten der Moral stützen, der versucht, die Gesellschaft mit seinen Motiven zusammenzuführen, die nicht identisch seien mit den Motiven der Wirtschaftler oder der Politiker, sondern mit Motiven eines durch und durch religiösen Mannes.“

Während solche Gesichtspunkte von vielen religiösen Leuten als edle Ziele begrüßt werden mochten, so gab es doch mehr als nur einige Personen, die eine fremde, sogar furchterregende Aura um Wilson entdeckten. Ein Funktionär der Demokraten sagte, „um es klar auszudrücken: ihm seien Wilson's Ausführungen kalt über den Rücken gelaufen“.

In Parteiauseinandersetzungen fielen die Worte:

„Als ich ihn zum ersten Mal sah, sagte er etwas zu mir, und ich wußte nicht, ob Gott oder er zu mir sprach.“

Andere Kritiker Wilson's verwiesen darauf, daß in der Bibel sogar Dämonen als „Götter“ genannt werden.

Hinter den Kulissen vereinigten sich die Finanzgewaltigen (the money lords) – wenn auch in aller Abgeschiedenheit – zugunsten von Wilson. Unter den Namen der Finanzkräftigen, die Wilson mit Geld versorgten, waren **Jacob Schiff** von **Kuhn, Loeb & Co** sowie **Cleveland Dodge** von der **National City Bank**, zudem **J.P. Morgan, jr.**

Eine besondes aufschlußreiche Figur, die Wilson's Anliegen vorwärtstriebe, war der New Yorker Anwalt **Samuel Untermyer**, eine Führungskraft in der machtvoll angewachsenen jüdischen Gemeinde in New York sowie im ganzen Land.

Ferdinand Lundberg beschreibt in „America's Sixty Families“ das politische Gerangel dieser Periode „der Politik der räumlichen Ausdehnung“ (the politics of aggrandizement). Dies ist genau das, was es war. Die plutokratische Elite war dabei, **Woodrow Wilson** in das Weiße Haus zu hieven.

Georg Sylvester Viereck untersuchte in seiner umfassenden Studie „The Strangest Friendship in History“ (Die seltsamste Freundschaft in der Geschichte) die eher bizarre persönliche und berufliche Beziehung zwischen Präsident **Woodrow Wilson** und seinem engsten Berater und „anderem ich“, dem Oberst **Edward Mandel House**. Die Beziehung **Wilson-House** wirkte sich hauptsächlich auf Wilson's internationale Politik aus, wobei **House** in vielerlei Hinsicht als „Co-Präsident“ tätig wurde, wobei einige sogar soweit gingen zu erklären, er sei Wilson's „Aufpasser“ („Controller“).

Als langjähriger Hinterkulissen-Politiker in Texas, war der rätselhafte und kaum bekannte **Edward House** der Sohn eines englischen Immigranten, der ein Sommerhaus in Massachusetts erworben und sich bei der östlichen plutokratischen Elite beliebt gemacht hat. Wie die Geschichte von **House** und seiner Anhänger demonstriert, ist es kein Wunder, daß spätere Kritiker Wilson's und von **House** gemeinsam letzteren als „Agenten“ der internationalen Finanzinteressenten des **Rothschild-Banken-Systems** bezeichneten.

Unter denen, die zum inneren Kreis von **House** zählten, war **Theodor Marburg**, den Wilson's Biograph **Jennings Wise** als „einen der führenden Wirtschaftler und Internationalisten der Welt“ beschreibt, dessen Anschauungen u.a. den Einfluß der Bank von England und anderer auf „eine-Welt“ ausgerichteten Kräfte, einschließlich der **Rhodes-Schüler** von Oxford widerspiegeln. Die **Rhodes-Schüler** waren von dem bekannten Wunsch des alternden **Cecil Rhodes** – einem noch anderen Satelliten des **Rothschild-Empires** – durchdrungen, „das Britische Empire nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern die gesamte zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen“. Ihrer Auffassung zufolge sollte auch die britische Herrschaft über die Vereinigten Staaten wiederhergestellt und damit die angelsächsische Rasse in einem Empire vereint werden.

Marburg arbeitete eng mit dem amerikanischen Industriellen **Andrew Carnegie** zusammen – der seine internatio-

nen Ansichten teilte -- in dem Versuch, die Bemühungen der internationalen Banken-Gemeinschaft zu koordinieren. Auf diese Weise sollte der Kurs globaler internationaler Entwicklungen mit dem Ziel festgelegt werden, wie es hieß, den internationalen Frieden zu festigen. Dies sollte auf nichts anderes hinauslaufen, als auf eine Weltregierung. Der englische Zweig dieses internationalistischen Blocks war die **Fabian Gesellschaft**, gegenwärtig erinnerlich als treibende Kraft hinter dem Sozialismus in England. In den Vereinigten Staaten begründete **Marburg** die amerikanische Gesellschaft für internationale Versöhnung. Als Mitglieder wurden die unterschiedlichsten Vertreter der Religionen, Akademiker und andere aufgenommen.

Jedoch wurde der finanzielle Rückhalt für dieses globale Operationsobjekt von amerikanischen Syndikaten des **Rothschild-Finanz-Imperiums** einschließlich der Banken von **Paul Warburg** und **Otto Kahn** zur Verfügung gestellt. Der junge „jüdische Staatsmann“ und Finanzier **Bernard Baruch** konnte zusätzlich hinter den Kulissen gefunden werden.

Während **Marburg** in den Jahren, die der Präsidentenwahl von 1912 vorangingen, der Wiederwahl von Präsident **William Howard Taft** positiv gegenüberstand, sah **House** in **Woodrow Wilson** einen idealen Kandidaten dafür, die populären und nationalistischen Tendenzen in der Demokratischen Partei zu bekämpfen, die von dem dreimaligen Parteikandidaten für die Präsidentschaft **William Jennings Bryan** repräsentiert wurden. **House** beobachtete **Wilson** sorgfältig und nahm mit ihm Kontakt auf. **Wilson** wiederum wurde von seinen Ratgebern auf **Oberst House** mit dem Hinweis aufmerksam gemacht, dieser habe bereits etliches Gute für ihn getan.

Wie die Geschichte erwies, spielte **House** eine Schlüsselrolle in dem Bemühen, **Woodrow Wilson** den Einzug ins Weiße Haus zu verschaffen. Er war es auch, der weitgehend das Weltbild von **Woodrow Wilson** gestaltet hat.

Als die beiden Männer sich das erste Mal trafen, richtete **House** die Aufmerksamkeit Wilson's auf eine ungewöhnliche Novelle, die er geschrieben hatte. Sie war betitelt mit „Philip Dru – Verwalter“ und fantasierte über einen jungen Amerikaner, **Philip Dru**, der zum Führer der Vereinigten Staaten aufgestiegen war, und über die von ihm betriebene Politik. **Jennings Wise** zufolge diskutierten **House** und **Wilson** lange über dieses Buch und über die hierin zum Ausdruck gebrachte Philosophie.

Wie Studenten der Geschichte wissen, war „Philip Dru -- Verwalter“ ein Entwurf für eine sozialistische Diktatur. Aus ihm sind zahlreiche (also von **House** zusammengestellte) Programmpunkte von Präsident **Wilson** übernommen worden.

Aber während Wilson's Bewegung ins Weiße Haus vorwärts getrieben wurde, sickerten bei seinen Gegnern die Geschichten über dessen Ehebrüche durch. Im April 1912 wurde Wilson's Aktentasche aus einem Chicagoer Hotelzimmer gestohlen, – von jemandem, der offensichtlich versuchte, inkriminierende Unterlagen über ihres Herrn persönliche Indis-kretionen zu erlangen. Es ist bekannt, daß **Wilson** mit Frau



Präsident Wilson unterwegs mit "Oberst" House
Beide waren gewillt, die USA in den europäischen Krieg zu führen,
unterrichteten jedoch die Öffentlichkeit genau vom Gegenteil.

Peck erneut Kontakt aufgenommen und ihr von übelwollenden Gegnern berichtet hatte, die bemüht seien, ihn zu vernichten. Er sandte ihr auch Geld, vermutlich, um ihr Schweigen zu erkaufen. Wie auch immer, Frau Peck ließ sich einige Monate später scheiden.

Trotz des Rückhalts, den Wilson erhalten hat, erwies sich als stärkstes Hindernis auf seinem Weg ins Weiße Haus der populäre **William Jennings Bryan**, der bei den Demokraten zum 4. Mal zur Präsidentschaftskandidatur antrat, nachdem er 1896, 1900 und 1908 durchgefallen war. Jedoch begann **Bryans** Kampagne beim Parteikongress der Demokraten bereits zu schwanken, indem seine Anhänger vielfach in das Lager des in Missouri populären **Bennett Champ Clark** überschwenkten. Wilson's große Geldspender sahen, daß eine Aktion notwendig schien, um eine panikartige Abwanderung von Bryan's Anhängern hin zu Clark zu verhindern. Sie ließen das Gerücht durchsickern, Wallstreet würde im Stillen Clark unterstützen. Dieses Manöver veranlaßte Bryan gegen Clark um sich zu schlagen, um dessen Kandidatur zu vereiteln. Dieses hinterließ auf dem Parteitag der Demokraten eine totale Verwirrung, und nach etlichen Abstimmungen war Wilson's Nominierung gesichert.

Für die November-Wahl sah sich Wilson nicht nur dem Vorsitzenden der Republikaner **William Howard Taft** gegenüber, sondern auch Taft's früherem Freund und Sponsor, Präsident **Theodor Roosevelt**. Nachdem er ohne Erfolg Taft zur erneuten Kandidatur herausgefordert hatte, war Roosevelt als unabhängiger Kandidat für eine Partei seiner eigenen Schöpfung – die Progressive Partei – allgemein bekannt als „Bull-Moose-Bewegung“ – in die Wahlprozedur eingetreten.

In der Tat haben dieselben Wallstreet- und **Rothschild**-Geld-Interessenten, die Wilson vorwärtsdrängten, **Th. Roosevelt's** dritte Parteikandidatur mit vermehrten Geldbeiträgen unterstützt. Diese Kräfte hatten ihre eigenen Gründe, das Bemühen zu honorieren, die republikanischen Stimmen zwischen Taft und **Th. Roosevelt** aufzusplitteln und hiermit Taft's Niederlage und Wilson's Wahl für die Präsidentschaft zu gewährleisten.

Die Umstände wurden unmittelbar vom Anschwellen der kommunistisch-bolschewistischen Bewegung in Rußland beeinflußt, die die Regierung des Zaren **Nikolaus II** zu unterdrücken versuchte. Obgleich es in damaliger Zeit allgemein bekannt war und auch in diplomatischen Kommunikationen offen zugegeben, auch in der Presse häufig erwähnt wurde, verdrängt gegenwärtig die „veröffentlichte Meinung“ die Tatsache, daß die Bolschewistische Bewegung ursprünglich überwiegend von Juden geprägt worden ist. So hatten die Bolschewisten ein begründetes Interesse daran, die Versuche des Zaren als „antisemitische Aktionen“ zu kennzeichnen, die in Gang gesetzt worden seien, um die staats-treuen und fleißigen Juden in Rußland menschenrechtswidrig mit Pogromen zu überziehen. Mit dieser dialektischen Interpretation versuchten sie, das Mitleid der Welt zu erregen. In der Tat gibt es bis zum

heutigen Tag genügend Leute, die der Auffassung sind, daß es genau das war, was das Bemühen des Zaren fehlschlagen ließ, die jüdische Bevölkerung zu deklassieren. So zerfiel das Regime, und die Bolschewisten übernahmen in Rußland die Macht, schließlich mit Unterstützung publizistisch wirksamer und finanzstarker Kreise vor allem aus den USA.

Wie dem auch sei, die amerikanischen jüdischen Sprecher – unter ihnen der vorerwähnte internationale Bankchef **Jacob Schiff**, der zu den Sponsoren Wilson's zählte – forderten von Präsident Taft den unverzüglichen Abbruch der langjährigen diplomatischen und Handels-Beziehungen mit dem zaristischen Rußland. Gleichzeitig forderten sie von Taft, er solle dem vom Kongress vorgeschlagenen Sprachtest für Einwanderer ein Veto entgegensetzen, bevor Senat und Repräsentantenhaus das Einwanderungsgesetz verabschieden würden. Dieser nämlich hätte Millionen Juden aus Rußland daran gehindert, in die Vereinigten Staaten einzuwandern.

So war Taft, um das mindeste zu sagen, überrascht, als Schiff und seine Kollegen am 16. Februar 1911 ins Weiße Haus kamen und ihm eine diesbezüglich vorbereitete Erklärung vorlegten und ihn drängten, sie gegenüber dem Kongress und der Presse zu verkünden. Diese vorgelegte, bereits mit dem Namen „Taft“ versehene „Erklärung“ gab keineswegs die Ansichten des Hausherrn wieder. So entgegnete der amerikanische Präsident den jüdischen Abgesandten offen, daß den Interessen der amerikanischen Nation als ganzes weder national noch international gedient sei, solche Aktionen, wie vorgeschlagen, durchzuführen.

Das Treffen im Weißen Haus endete mit einem Mißklang, wobei sich Schiff weigerte, dem Präsidenten die Hand zu reichen, und er später erklärte: „das bedeutet Krieg“. Und Krieg war es, der dann einsetzte. Die jüdische Elite intensivierte ihre Bemühungen gegen Taft und begann, seine Vernichtung einzuleiten.

Woodrow Wilson war einer der Bauern in diesem Spiel.

Obgleich **B'nai B'rith**, die führende jüdische Freimaurerloge, 1912 Taft noch einen Orden verlieh und ihn als den Mann bezeichnete, „der im vergangenen Jahr am meisten für das



1914: "Deutsche Truppen auf dem Weg zur Weltherrschaft". -- Mit den Unterschriften: (lks.) "Lastselbstfahrer der Verkehrstruppe" und rechts "Ein Kraftwagenzug".

"Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914 - 15",
Bd. I, Stuttgart, Berlin, Leipzig, Wien,
Union Deutsche Verlagsgesellschaft o.J., S. 118 + 119

Wohlergehen der jüdischen Sache beigetragen hat", zeigten doch die Aktionen der jüdischen Führerschaft während des vorangegangenen Jahres und in den Monaten, die folgten, eindeutig, daß ungeachtet der öffentlichen Beziehungen Taft, soweit es sie betraf, nicht mehr zählte. („He was out“)

So geschah es, als **Theodor Roosevelt** sich dafür entschieden hatte, als Kandidat einer dritten Partei zur Verfügung zu stehen -- on the Bull Moose ticket --, die Förderer Wilson's in der Wallstreet und der jüdischen Elite die Gelegenheit sahen, die Opposition gegen **Th. Roosevelt** und Taft aufzubauen, um Wilson die Wahlchancen zu ermöglichen.

Genau das geschah. Wilson gewann mit 41,8% der Wahlberechtigten, womit er 435 Wahlmänner auf seine Seite zog. Th. Roosevelt überflügelte tatsächlich Taft, nahm mit 27,4% der Wahlstimmen den 2. Platz ein und erhielt 88 Wahlmänner. Taft war mit 23,18% der Wahlstimmen und nur 8 Wahlmännern auf den 3. Platz verwiesen. Taft hat den Preis für seine Unabhängigkeit bezahlt und die Präsidentschaft verloren.

Wilson seinerseits signalisierte angesichts seiner Wahl zum Präsidenten seinen einflußreichen Geldgebern, daß er bereit sei, ihren Wünschen entgegenzukommen. Der kritische Industrielle **Henry Ford** kommentierte später in seiner Zeitung „The Dearborn Independent“ („Der wohlgeborene Unabhängige“),

„daß die Juden viel aus Woodrow Wilson gemacht haben, viel zu viel, um ihm gut zu tun. Sie zogen einen festen Ring um ihn.“

Einer ihrer Wortführer im inneren Kreis um Woodrow Wilson war und blieb der New Yorker Rechtsanwalt **Samuel Untermyer**, der sich und seinesgleichen später, am 7. August 1933 anlässlich der von ihm eigenwillig aufgezogenen und von Präsident **F.D. Roosevelt** geduldeten, wenn nicht gar geförderten Boykottkonferenz in Amsterdam als Teilaktion seines „heiligen Krieges“ gegen Deutschland öffentlich als „Aristokraten dieser Welt“ bezeichnete.⁴⁾

Untermyer hatte für ihn sogleich ausreichenden, zunächst sogar privaten Gesprächsstoff parat. Im Weißen Haus unterrichtete er den neuen Präsidenten davon, daß er, obgleich er -- wie auch andere Mitglieder der jüdischen Gemeinde -- Wilson's Wahlkampf mitfinanziert habe, in seiner

Eigenschaft als Rechtsanwalt gehalten sei, gegen ihn -- Wilson -- eine Zivilklage wegen Bruch eines Versprechens vorzutragen. Seine Klientin sei die Frau von Princeton, mit der Wilson die eine Ehebruch-Affäre hatte.

Diese Frau hat wieder geheiratet und ihren Wohnsitz nach Washington, D.C. verlegt, wo ihr Stiefsohn, den sie sehr schätzte, in finanziellen Schwierigkeiten sei. Er müsse 40.000 Dollar aufbringen, was mit einer Washing-

toner Bank, für die er arbeite, zusammenhänge. Die Frau ließ über **Untermyer** dem Präsidenten, der ja jetzt einen leichten und sofortigen Zugang zu solchen Summen habe, nahelegen, dieses Geld für seine Ex-Geliebte aufzubringen, andernfalls sie etliche peinliche Briefe Wilson's an sie zu veröffentlichen gedächte.

Wilson dankte **Untermyer** dafür, daß sich die Frau an einen Anhänger der Demokratischen Partei innerhalb der jüdischen Gemeinde gewandt habe, statt an einen republikanischen Anwalt, eine Komplikation, die in der Tat zu Verlegenheiten hätte führen können. Dennoch machte Wilson **Untermyer** klar, daß er die 40.000 Dollar nicht habe.

Daraufhin bot **Untermyer** eine Lösung an: Er würde selbst für diese 40.000 Dollar aufkommen und auch zusichern, daß es kein Verfahren wegen Bruch eines Versprechens geben und er auch die inkriminierenden Briefe unter Kontrolle nehmen werde, so daß sie niemand anders zu sehen bekäme.

Untermyer erbat als Gegenleistung: Sollte eine Stelle am Obersten Gericht freierwerden, so sei er um eine Empfehlung zu ersuchen, wen Wilson als neuen Mann ernennen solle. In der Tat war alsbald der Tod eines der ständigen Richter zu beklagen und seine Stelle neu zu besetzen. **Untermyer** schlug **Louis Dembitz Brandeis** vor, der daraufhin tatsächlich in das Oberste Gericht aufrückte. Es war der erste Mann jüdischen Glaubens, der einen Posten am Obersten Gericht der USA erhielt. So wurden Woodrow Wilson's persönliche Verfehlungen in zurückliegenden Jahren zum Ausgangspunkt weit schwerwiegenderer Entwicklungen, nachdem er Präsident geworden war.

Professor **Bruce Allen Murphy** von der Penn State Universität, übrigens ein Wilson bewundernder Biograph, schrieb in der Publikation „The Brandeis/Frankfurter Connection: The Secret Political Activities of Two Supreme Court Justices“ (Die Brandeis/Frankfurter Verbindung: Die geheimen politischen Aktivitäten von zwei Richtern am Obersten Gericht) -- der andere war **Brandeis'** Schützling **Felix Frankfurter** --:

„Angeleitet von **Brandeis** ... errangen die amerikanischen Zionisten in ganz kurzer Zeit einen wesentlichen politischen Einfluß.“

Durch das, was **Murphy** als „unsichtbare Drähte in viele

4) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 54, S. 23 + Nr. 29, S. 25.

Regierungsbüros“ beschrieben hat, wurde Brandeis zur hintergründigen Schlüsselkraft in der Wilson-Verwaltung. Und in wenigen Jahren war Brandeis zum Hauptmanager, zum hochrangigen engsten Verbündeten für England geworden, als es um das Bemühen ging, Amerika in den sich entwickelnden europäischen Krieg hineinanzuziehen.

Samuel Landmann, der frühere Sekretär der Weltzionistischen Organisation, enthüllte:

„Der einzige Weg, den amerikanischen Präsidenten dazu zu bringen, sich am Krieg zu beteiligen, war, die Zusammenarbeit mit den zionistischen Juden zu sichern, indem versprochen wurde, ihnen Palästina zu übergeben, und auf diese Weise die bis dahin unerwartet mächtigen Kräfte der zionistischen Juden in Amerika und anderswo zugunsten der Alliierten auf Vertragsbasis zu erfassen und zu mobilisieren.“

Das unmittelbare Ergebnis dieses „Deals“ hinter den Kulissen war die von den Engländern am 2. November 1917 bekanntgemachte Balfour-Erklärung, benannt nach dem damaligen britischen Außenminister. Sie schuf die „legale Basis“, auf der der Staat Israel schließlich im Jahre 1948 errichtet worden ist. Tatsächlich hatte Brandeis die endgültige Zustimmung zur Deklaration früher erfahren, als der britische Außenminister Balfour selbst.

Die Ironie, mit der Untermyer (und schließlich Brandeis) Wilson manipuliert hat, ist, daß noch eine weitere Ehebruch-Affäre Wilson's auf ihn zurückwirkte: Die Angelegenheit mit Frau Peck. Dies geschah im Jahr 1915.

Zu dieser Zeit war Frau Wilson gestorben und der Präsident schon wieder in eine aufblühende Beziehung mit einer lebenslustigen Washingtoner Witwe verstrickt, Edith Bolling Galt. Frau Peck, seit 3 Jahren von ihrem Mann geschieden, erschien im Weißen Haus, um – wie es ein Schriftsteller beschrieb – mit dem Präsidenten ein offenes Gespräch zu führen, das sich vermutlich um ihre finanziellen Nöte gedreht haben mochte, zu schweigen von ihrem beiderseitigen früheren Verhältnis. Kurz danach brachte Wilson 15.000 Dollar auf, um verschiedene Hypotheken aus New Yorker Grundstücken von Frau Peck zu übernehmen. Doch war dies offenbar nicht genug, um sie zum Schweigen zu bringen. Schatz-Sekretär William McAdoo – Schwiegersohn des Präsidenten – informierte Wilson darüber, daß er einen anonymen Brief erhalten habe, in dem stand, Frau Peck würde Briefe Wilson's an sie heranzugehen und damit prahlen, 15.000 Dollar als Bestechung für ihr Schweigen erhalten zu haben.

Was auch immer geschehen war, Frau Peck wurde danach überzeugt, zu schweigen, und ihre Briefe haben niemals die Öffentlichkeit erreicht. Vermutlich hat Samuel Untermyer erneut seinen Taschenspielertrick angewendet und vom Präsidenten Vergünstigungen ähnlicher Art erhalten wie die Ernennung von Louis Brandeis zum Obersten Gericht.

Während indessen die Affäre Wilson's mit Frau Peck Teil der Wilson-Legende geworden war, wurde die weitaus explosivere Geschichte seines Verhältnisses mit der Frau aus Princeton und ihres deutlichen Einflusses auf die Entscheidungs-

findung für Wilson's Präsidentschaftswahl von der „offiziellen“ Geschichtsschreibung über Wilson ausgespart.

Der einzige Grund, weshalb diese Geschichte überhaupt in Andeutungen in unabhängigen Publikationsorganen ruckbar geworden ist, war der, weil ein amerikanisch-jüdischer Geschäftsmann, Benjamin Freedman, ein früherer Anhänger Wilson's die Geschichte später erzählt hat. ...

So ergab sich durch privates Doppelspiel, Erpressung und politische Intrigen auf höchster Ebene, daß Woodrow Wilson ins Weiße Haus gehievt und dort gefügig gemacht wurde.

Das Gemetzel des Ersten Weltkrieges gab den Rahmen für Wilson's Versuch ab, Amerika in den Völkerbund als globale Polizei-Organisation zu führen, um aus ihr schließlich eine tatsächliche Weltregierung zu entwickeln. ...

Wilson selbst sagte dem prominenten jüdischen Felix Frankfurter, einem Schützling von Brandeis, er – Wilson – sei „ein persönliches Instrument Gottes“. Dies war auf der Versailler Nachkriegskonferenz, auf der Wilson zusammen mit seinen zionistischen Beratern, die an sich dort gar nichts zu suchen hatten, weil sie keinen Krieg führenden Staat repräsentierten, die Welt zu verändern suchten. Der britische Premierminister David Lloyd George glaubte, Wilson betrachtete sich selbst als Missionar, dessen Funktion es sei, die armen europäischen Heiden von ihrer jahrhundertlangen Verehrung falscher und hütziger Götter abzubringen. Einmal verkündete Wilson seinen Bundesgenossen in Versailles,

„Jesus Christus habe insofern nicht erreicht, daß die Welt seiner Lehre folge, als er Ideale verkündet habe, ohne ein praktisches Schema aufzuzeigen, mit dem seine Ziele verwirklicht werden könnten.“

Nach Wilson's Verkündigung öffnete – Lloyd George zufolge – der französische Premierminister George Clemenceau, dem Wilson's Fantasiaausbrüche schon bekannt waren,

„seine dunklen Augen in größte Dimension, blickte sich so in der versammelten Runde um, um zu sehen, wie die um den Tisch herum versammelten Christen diese Darstellung über das Versagen des Meisters aufnahmen.“

Ungeachtet der messianischen Visionen Wilson's hinterließ Versailles ein Trümmerfeld für die Weiterentwicklung der Weltgeschichte. Der belgische General und Historiker Leon Degrelle beschreibt offen, daß Deutschlands Adolf Hitler in Versailles geboren worden ist. Der populäre amerikanische Ökonom und Historiker Lawrence Dennis schrieb 1940 in seinem Buch „The Dynamics of War and Revolution“:

„Die Revolutionierung des internationalen Idealismus durch Wilson war eine der Zerstörung, nicht des Aufbaus. ... Die Wilson'sche Revolutionierung liquidierte die funktionsfähigen sozialen Integrationsprozesse der Österreich-Ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches. ...

Die Internationalisten konnten besser zerstören als aufbauen. Sie ersetzten diese internationalen Integrationen des 19. Jahrhunderts durch nicht arbeitsfähige Ersatz-Konstruktionen des 20. Jahrhunderts. Seit dem Krieg war alles, was die Demokratie geschaffen hat, ein steriler und selbst-

Die nationale Opposition des kriegsmüden Amerika stormierte Wilson's Pläne für einen Beitritt der USA in den Völkerbund und das, was als Vorläufer für die heutzutage mit „neuer Weltordnung“ gekennzeichnete Politik ausgegeben wird. Niedergeschlagen brach Wilson, der seine 14-Punkte-Friedensdeklaration in Versailles kraft Widerstandes seiner Amtierten nicht durchzusetzen vermochte, an Erschöpfung zusammen und litt angesichts eines erneuten Schlaganfalles fortan an körperlichen Beeinträchtigungen. Einige meinten sogar, Wilson habe an einer Geschlechtskrankheit gelitten, die bekannt dafür ist, Gehirnschaden und Wahnwitz zu verursachen.

In jedem Fall verbrachte Wilson die letzten Jahre seiner zweiten Amtszeit bettlägerig und verbittert praktisch in Abgeschiedenheit innerhalb des Weißen Hauses. Dessen ungeachtet gab der physisch und seelisch behinderte Wilson fin-

einem weiteren Hohenflug seiner Fantasie) tatsächlich seinen Untergebenen noch einmal die Anweisung, für ihn eine dritte Nominierung für die Präsidentschaft 1920 zu erreichen. Aus diesem wahnsinnigen Traum wurde indessen nichts.

Nachdem er das Weiße Haus verlassen hatte, zog sich Wilson in die Hauptstadt der Nation (Washington) zurück und wagte sich kaum hinaus. Dennoch empfing er manchmal Besucher, die hörten, wie Wilson verwirrt und zornig etwas gegen seine Kritiker murmelte, die ihm seinen großen Plan für eine neue Weltordnung zunichte gemacht hatten. Wilson plazierte sich nach wie vor auf die Ebene Gottes.

Hatten die Amerikaner Wilson's Weltbild studiert und wären sie sich über die Kräfte hinter den Kulissen bewußt geworden, die ihn finanziert und auch während seiner Präsidentschaft weiter mitgesteuert haben, so wären den Vereinigten Staaten und Europa viele Tragödien erspart geblieben.⁶

Woodrow Wilson -- Gefangener seiner selbsternannten Ratgeber

Die hohe Politik der Vereinigten Staaten wird von den meisten -- ohnehin demokratie- und autoritätsgläubigen -- Menschen, insbesondere auch von den nachwachsenden Generationen, nur mehr oder weniger verschwommen grobe Konturen vergangenen Weltgeschehens geistig zu erfassen in der Lage sind, phrasenverschönt zur Kenntnis genommen. So treten die menschlichen Schwächen, Charaktermängel, Abhängigkeiten, Kenntnismängel, Verlogenheiten hinter die von der Majorität für die Mit- und Nachwelt aufgetragenen Fassaden zurück.

Der Sachverhalt ist nicht nur beim „Lebenswerk“ des US-Präsidenten Woodrow Wilson nach fast 100-jährigem Rückblick offensichtlich, sondern verdient auch unsere besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf die welthistorische Beurteilung seines in Wirklichkeit egoistisch-imperialistischen, anders ausgedrückt, seines verlogenen und völkerrechtswidrigen Handelns. Dieses nämlich entwickelte sich zur Basis des Verhängnisses in noch globalerem Ausmaß für die Völker der Welt angesichts der Kriegstreiberei seines späteren Amtsnachfolgers von 1933 - 1945, Franklin Delano Roosevelt.

Insofern bleibt zu hinterfragen, ob Woodrow Wilson der Demokrat, Köhner, Friedensfreund, Vermittler, „ehrliche Makler“ wirklich gewesen ist. Diesen durch Leistung erworbenen Titel Otto v. Bismarcks hat bisher niemand dem Präsidenten Wilson zuerkannt! Eher kreist die Frage darum, ob er als Kriegsverschwörer und Völkerbetrüger einzustufen ist.

Die Stellung des US-Präsidenten gemäß der US-Verfassung ist bereits im Frieden eine weitaus stärkere als in allen sonstigen Demokratien, die sich auf ein souveränes Volk, unabhängige Parteien und gesicherte Freiheitsrechte berufen

können.

Die Voraussetzungen seiner Wahl freilich sind angesichts der modernen Technik, Medienlandschaft bzw. Besitzverhältnisse, Finanzstruktur, international verzahnter Rohstoff-Verarbeitungs-, Energie- und Schifffahrtskonzerne, der militärischen Waffensysteme und der hiermit schon im Vorfeld vorhandenen und steuerbaren Lobby-Gruppierungen mit zunehmender Größenordnung immer problematischer geworden. So haben Schauspieler, körperlich oder moralisch behinderte oder labile, erpreßbare oder -- wie es neuerdings als Ausdruck für willfähriges Verhalten heißt -- „bündnisfänge“, mit den Kreisen der Hochfinanz eng verbundene Persönlichkeiten in den USA größere Chancen für die Wahl zum Präsidenten, als Sachkenner der politisch-historischen und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge des eigenen Landes -- der gar fremder Länder, über deren Schicksal sie mit Amtsantritt zu entscheiden haben.

So ist es erschütternd, in den historischen Untersuchungen feststellen zu müssen, daß maßgebende US-Präsidenten -- an der Spitze seien genannt Woodrow Wilson, F.D. Roosevelt, Harry Truman -- nicht nur bei Amtsantritt, sondern sogar dann keine Sachkenntnis über die europäischen oder asiatischen Verhältnisse -- um nur diese zu nennen -- hatten, als sie eigenmächtig und willkürlich mit Hilfe „ihnen unter-

⁶⁾ Bibliographie:

Landberg, Ferdinand: *America's Six Families* (New York 1937) (Vanguard Press).

Murphy, Bruce Allen: *The Damnable Frankfurter Connection* (New York 1932) (Livingston Inc.).

Wick Jennings: *Woodrow Wilson, Joseph P. Revolution* (New York 1938) (Pantheon Press).

schobener gefälschter Landkarten, Statistiken und sonstiger Unterlagen über das Schicksal der dortigen Völker – Millionen von Menschen – entschieden haben.

Ist der US-Präsident jedoch erst einmal ins Amt gelangt, so bedient er sich nicht eigenverantwortlicher Minister, sondern ihm gegenüber verantwortlicher Sekretäre. Es obliegt ihm, sie jederzeit zu entlassen oder sie einfach zu übergehen und sie durch Männer seines Vertrauens zu ersetzen, was auch für die Richterschaft und andere Verwaltungsinstanzen gilt.



Nelson Rockefeller (jr.) 1940 in Südamerika als Motivator F.D. Roosevelts zur Gleichschaltung vor allem Brasiliens auf US-Kurs. Er ist der Enkel des bekannten Ölmagnaten John D. Rockefeller. Sein Vater sitzt unterhalb des Rednerpultes. Nelson Rockefeller versuchte mit Geheimdienstmethoden eine "schwarze Liste" von zu boykottierenden Firmen zu erstellen, die mit Deutschland und Italien geschäftlich verbunden waren bzw. Handelsbeziehungen unterhielten.

In den Kriegsjahren gab es weder für Woodrow Wilson noch für F.D. Roosevelt kaum ein von Monarchien oder Diktaturen unterscheidbares Herrschaftsverhalten. Entschlüsse größter Tragweite haben sie – wie auch Winston Churchill in Großbritannien im Alleingang, ohne Befragung selbst ihrer Kabinette, geschweige denn Parlamente, bzw. in den USA des Kongresses (Senats und Repräsentantenhauses) oder gar des Volkes gefällt!

Die vorangegangene Darstellung gibt Anlaß, mit den dort bereits geschilderten Hintergründen zu beginnen, die zur Auswahl und Begünstigung von Woodrow Wilson für die Präsidentschaftskandidatur 1912 geführt haben.

Hier bereits treffen wir 3 „bedeuten- de“ Männer

„Oberst“ Edward Mandell House, Louis Dembitz Brandeis und Bernard Baruch. Als wirkende im Hintergrund wäre natür-

lich noch Henry Morgenthau sen., J.P. Morgan, John D. Rockefeller und viele andere, vor allem die Mogule der amerikanischen Presse zu nennen. Zwar waren alle 6 USA-Staatsbürger, doch – mit Ausnahme von Rockefeller – fühlten sie sich nicht unbedingt nur gegenüber der "Gesellschaft" in den USA verpflichtet.

„Oberst“ House

„Oberst“ Edward Mandell House hatte auf Grund seines ererbten Reichtums von einem texanischen Gouverneur den Ehrentitel „Oberst“ verliehen bekommen, obgleich er nie in den Streitkräften gedient hatte. Auch konnte er auf keinerlei demokratisches Mandat verweisen. Amerikanische Historiker sagten ihm „dürftige Kenntnisse des Völkerrechts und nur oberflächliche Bekanntschaft mit amerikanischen geschichtlichen Vorgängen“ nach und beschieden ihm, er sei „immer etwas schwer von Begriff gewesen, wenn es sich um die Hintergründe der britischen Politik handelte.“ (Beide Eltern stammten aus England).⁶⁾

Dieser „Oberst“ House war frühzeitig mit Woodrow Wilson bekannt geworden und redete ihm ein, er sei der geeignete Mann, die Menschheit über die Konzeption eines internationalen Völkerbundes mit einem Weltstaat zu beglücken. Schon bei der Präsidentschaftswahl Wilsons war er dabei. Nicht nur das, er folgte sogar dem neu Gekürten in seinen Urlaubsort auf den Bermudas, wo sich Wilson inzwischen mit Frau Peck amüsierte, und „besetzte sogleich für Wilson 7 von 10 Kabinettsposten der neuen Administration, die am 4. März 1913 ihr Amt antreten sollte.“⁷⁾

House wurde nachfolgend unter Umgehung des Außenministers (State Secretary) William J. Bryan noch vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges von Wilson nach Europa geschickt, der jedoch dort eigenmächtig, statt das politische Gewicht der USA für friedfertiges Verhalten der europäischen Nationen einzusetzen, die Ambitionen Großbritanniens zur „Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes“, das angeblich wieder einmal in Schieflage geraten sei, förderte, was gleichbedeutend war mit einer Festlegung der USA-Politik auf die Wünsche Londons.⁸⁾

6) Charles Fensel: „Amerika geht in den Krieg“, Stuttgart o.J., S. 14.

7) David Hoggan, „Das blinde Jahrhundert“, Tübingen 1979, S. 423. --

Hoggan bezieht sich hierbei auf den außerordentlich informierten französischen Historiker Jean Baptiste Duroselle: „From Wilson to Roosevelt: Foreign Policy of the United States, 1913 - 1945“ 2 Bde., Cambridge, Massachusetts 1963; hier S. 31 - 32.

Später ist Duroselle auch mit dem Buch „Franklin Delano Roosevelt“ Paris 1960, hervorgetreten.

8) Genau dieses Verfahren, den Außenminister mit Hilfe „persönlicher Berater des Präsidenten“ weitgehend auszuschalten, hat in den 30er Jahren Präsident F.D. Roosevelt mit noch viel nachhaltigeren Auswirkungen für die Völker Europas und Asiens übernommen. Sein Außenminister Cordell Hull war – abgesehen von Bernard Baruch gegenüber William Bullitt, Harry Hopkins und Henry Morgenthau jun. zur Nullfigur im Schatten verbläb. Allein an diesen Verfahren erweist sich, mit welchen undemokratischen Methoden in Washington „hohe Politik“ gemacht wurde – „für die Durchsetzung der Demokratie in der ganzen Welt“.

War "Oberst" House schon 1912/1913 als Verteiler der Ministerposten im Kabinett Wilson tätig geworden, so erschien er auch als Sachverständiger in allen Finanzangelegenheiten, somit also auch des Federal Reserve Systems auf der Bildfläche ^{9) S. 77}

So lag z.B. „Oberst“ House „Wilson im August 1914 dauernd in den Ohren“, den friedensgeneigten und auf die Neutralität der USA bedachten Staatssekretär Bryan „von jeglichen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens fernzuhalten“

„Das brachte den Präsidenten in Verwirrung. ... Er war sich nicht im klaren, welchen Kurs er einschlagen sollte und erkundigte sich deshalb bei dem Obersten telegrafisch, ob er »jetzt handeln könne und solle und wie.«“ ^{9) S. 77}

Diese Haltung Wilsons seinem "Ego" gegenüber hielt mit wenigen Ausnahmen den ganzen Krieg über an.

"Oberst" House im August 1914.

„Es sei unklug, einen Vermittlungsvorschlag zu machen, ehe der »geeignete Augenblick« gekommen sei.“

Dieser letzte Ratschlag kam etwas zu spät, Wilson hatte bereits verschiedene Staatsoberhäupter anderslautend unterrichtet, sich aber sogleich bei House für seine voreilige Entscheidung mit den Worten entschuldigt,

„Ich öffentlich mißbilligen Sie meinen schwachen Versuch einer Vermittlung nicht. ... Ich wollte ihnen nur zeigen, daß ich zu Diensten stehe“

Offensichtlich sah der Präsident damals in Oberst House seinen Mentor, dessen Rat größte Beachtung verdiente. Er vermochte kaum, sich mit Gedanken zu befassen, mit denen der Oberst nicht kooperieren ließ.“ ^{9) S. 333 - 334}

Jedenfalls hielt er es danach für angebracht, mit weiteren Angeboten amerikanischer Vermittlungsdienste zurückhaltend zu sein.

Der amerikanische Historiker Charles Seymour urteilte „a. über "Oberst" House“

„Oberst House, ein Privatmann, unterhandelt mit dem Botschafter einer fremden Macht über die Depeschen, die dem amerikanischen Botschafter und dem Außenminister jener Macht zugehen sollen. Freilich wäre es schwierig, in der Geschichte einen anderen Augenblick zu finden, wo ein einflußreicher Ratgeber eines hohen Beamten des Staates eine nationale Politik so erfolgreich ruinerte.“ ¹⁰⁾

„Präsident Wilson hatte in einer Proklamation gebeten, die Amerikaner möchten selbst in Gedanken neutral sein, und nun legt sein vertrautester Ratgeber den Grund für eine »Verständigung« mit einer der mächtigsten kriegsführenden Mächte, bereitet so den Weg vor, der schließlich zur Aufgabe dieser Neutralität führte.“ ^{9) S. 333 f. S. 3}

Charles Tansill nahm hier Bezug auf die geheime Absprache zwischen "Oberst" House mit dem britischen Bot-

schafter in Washington, Sir Cecil Spring-Rice, alle – auch geheime – Informationen, die aus amerikanischen Regierungskreisen in Erfahrung zu bringen seien, unverzüglich miteinander auszutauschen. So formulierten sie dann schon im Vorfeld offizieller Entscheidungen die Noten, die an die britische Regierung gesandt werden sollten. Staatsmann Wilson ließ sich dann "leiten". Dieser geheime Austausch beschränkte sich indessen nicht auf Botschafter Spring-Rice, sondern war ausgedehnt auf den Chef des britischen Geheimdienstes, Sir William Wiseman, der sich in seinem Privatbüro niederzulassen pflegte, um höchst geheime Dokumente der amerikanischen Regierung zu studieren. Mit ihm unterhielt House sogar einen geheimen Code

Zwar gab Wilson seinem Berater House vor seiner Abreise zu einer neuen Europa-Mission im Frühjahr 1915 zu verstehen,

„nicht zu weit zu gehen und die englische Regierung bestimmen zu lassen, wann es am besten ist, nach Deutschland zu gehen. ... Wenn in Berlin der Eindruck entsteht, Sie kommen nur auf Anraten der britischen Regierung, so könnte man Sie dort eher als Sprecher Englands denn Amerikas machen.“

Doch als sich „der Oberst“ auffallend wenig um diesen Tadel des Präsidenten kümmerte, erhielt er ein anderes Telegramm aus dem Weißen Haus.

„Ich lasse mich natürlich gern von Ihrem Urteil in jedem Falle leiten.“ ¹¹⁾

„Wilson, Staatsmann im Februar 1915“ wäre hinzuzufügen

Von London aus reiste House auftragsgemäß nach Berlin, wo er „erwartungsgemäß erfolglos“ blieb. In Paris dagegen

„versicherte er seinen französischen Zuhörern, Präsident Wilson wolle »Ihre Gefühle in keiner Weise dadurch verletzen, daß er einen verfrühten Friedensvorschlag mache.“ ¹²⁾

Seine Europa-Mission im Frühjahr 1915 verlief ebenso umsonde wie diejenige vom Herbst 1914. Am 5.6.1915 kehrte House nach Washington zurück, überzeugt, ein Krieg der USA mit Deutschland sei nur eine Sache von Wochen ¹³⁾

Doch Monate später trat dieser Fall immer noch nicht ein, Wilson schwankte hin und her. So schickte er seinen Berater House im Februar 1916 erneut nach London, jedoch nicht, ohne ihm am 13.2. erneut zu versichern

„Wir versuchen, uns von Ihren Ideen führen zu lassen und wir werden Ihren vollen Bericht bei Ihrer Rückkehr abwarten, ehe wir irgendwelche Schritte unternehmen.“ ¹³⁾

Amerikaner selbst waren es indessen, die Herrn House ein denkbar schlechtes Zeugnis ausstellten.

„Oberst House, der wahrscheinlich tatsächlich keinen Überblick über alle die Folgerungen hatte, die sich aus

9) Charles Tansill aaO. S. 77, 344 - 345 + 115

10) Charles Seymour, "Woodrow Wilson and the World War" New Haven 1921 + (Hrsg.) "Intimate Papers of Colonel House", 2 Bände. Boston 1926 + "American Diplomacy During the World War", Baltimore 1934 + "American Neutrality 1914 - 1917", New Haven 1935

11) Siegfried Freud "William Bullitt" "Thomas Woodrow Wilson" New York 1966. S. 193

12) Charles Tansill aaO. S. 356 + 357

13) Ch. Tansill aaO. S. 339 + 359

seinen (Wilson's) gutgemeinten Friedensbemühungen ergaben und dessen geringes Verständnis für die Wirklichkeit der Politik seltsam berührt, der bei jedem klaren Verständnis der Kräfte war, die seit langem die europäische Politik beeinflusst hatten".¹⁴

– dieser „Amateurdiplomat“ schloß nach neuerlichen Besuchen auch in Berlin und Paris am 22.2.1916 ein geheimes Abkommen mit dem britischen Außenminister Grey, bei dem es darum ging, die USA mehr denn je in die Kriegsziele Englands einzubinden, die US-Kriegsbeteiligung in Aussicht zu stellen und Friedenserwägungen nur unter den Bedingungen Londons unter Einschluß einer internationalen Überwachungsinstanz – eines Völkerbundes – in Betracht zu ziehen.

Im Sommer 1917 ernannte Wilson ihn zum Chef der amerikanischen Kriegskommission bei der Interalliiert War Conference. In Versailles 1919 hat er zuweilen die Verhandlungen für Wilson geführt, als dieser bettlägerig ausfiel und der Präsident zwischen Februar und März 1919 für 4 Wochen gänzlich die Friedenskonferenz verlassen hatte und in den USA weilte.

Wir kommen später noch auf diesen „Oberst“ zurück. Hier nur folgender zeitgenössischer Kommentar:

„Jedenfalls wußte er genau, was wichtig genug war, um es zu ihm zu bringen zu bringen ebenso genau, was ihm fernzuhalten war. Ein Unglück bedeutete es allerdings dabei, daß es häufig ihm allein überlassen blieb, die Entscheidung über Wichtigkeit der Wichtigkeit zu treffen. Denn in Wahrheit stellte sich zuweilen heraus, daß der offene, bestrickende Soldat überhaupt nicht ganz begriff, was man mit ihm sprach. Daß er zwar „Zettelchen“ über den Gesamteindruck einer Rede oder Ansprache seines Stabschefs schreiben konnte, andererseits aber auch die schwerwiegendsten Mitterlungen nicht verstand oder abzuschätzen wußte, die fremde Staatsmänner ihm vorstellten. Der Oberst hatte noch eine andere Schwäche. So sehr er in Charms jedermann an Gespräch bezauberte, so konnte er durch seine Hinterkeit durch sein ganzes, unbeschwertes Wesen überall zum Mittelpunkt der Gesellschaft wurde, nie wußte der Umworbene, der Gefeierte, wenn er an ernstern Sitzungstische saß, was eigentlich unter den Sitzungspartnern vorging. Sie mochten in schroffem Gegensatz einander voll sachlicher Feindschaft, in Unversöhnlichkeit gegenüberstehen. Der Oberst ging stets heim mit dem Eindruck vollster Harmonie.“¹⁵

Ein sehr eindrucksvolles Lebensbild von „Oberst“ House und seiner Zusammenarbeit mit Präsident Wilson hat George Sylvester Viereck in seinem Buch „The Strangest Friendship in History: Woodrow Wilson and Colonel House“ beschreiben.¹⁶

Louis Dembitz Brandeis

Als Präsident der Princeton-Universität wurde Woodrow Wilson bereits mit dem jungen Richter und aktiven Zionististen L.D. Brandeis bekannt. Mit ihm machte er dann als Gouverneur von New Jersey undurchsichtige Privatgeschäfte.

„Brandeis sagte Wilson offen, daß seine Treue zu allererst den beiden Speerspitzen des modernen Weltjudentums gelte, dem Zionismus und dem Bolschewismus, und er rief Wilson, sein eigenes Denken entsprechend zu formen, um von den kommenden antijuden Siegen des organisierten und reichen Weltjudentums zu profitieren. Wilson versicherte Brandeis, House hätte ihn gelehrt, im Bereich der Politik alles Jüdische zu bewundern.“¹⁶⁾

Brandeis zeigte sich beeindruckt von Wilson's sichtlicher Aufrichtigkeit, mit der er seine eigene Karriere den jüdischen Zielen unterordnete. So entwarf er für Wilson das „New Freedom Program“, das eine vorgetäuschte Verpflichtung auf den Progressivismus enthielt. U.a. hiermit gewann Wilson die Wahl 1912.

Wilson wußte somit genau, wen er Monate später zum Obersten Bundesrichter der USA ernannte, was von ihm – Brandeis – zu erwarten war und was „man“ andererseits von ihm, dem so schon getesteten und gesponsorten neuen Präsidenten zu erhoffen hatte.

Brandeis wurde später seiner Erfolge bei Wilson wegen zum Chef des amerikanischen Zionismus ernannt, eine Funktion, die er lebenslang, zuletzt ehrenhalber bis zu seinem Tod 1941 beibehielt. Eine Interessenskollision beider Ämter störte weder Wilson noch Brandeis. Die Bevölkerung der USA wurde auf diese Weise faktisch unter eine neu-orientierte Herrschaft, zumindest unter neue Moralgrundsätze gestellt, zumal Brandeis für entsprechenden Personalschub in den höheren Richterstellen aus Verpflichtungsgründen seinen eigenen Leuten gegenüber sorgte. Ein oberster Vertreter des Staates brauchte fortan nicht mehr zur ausschließlichen Loyalität gegenüber dem Staat verpflichtet zu sein. Lobby-Interessen reichten aus.

Bernard Baruch

Als dritter Mann in diesem Spektrum ist Bernard Baruch zu nennen, der mit Hilfe „möglicherweise der größten aller Spenden“ für Wilson's Wahlsieg 1912 gesorgt hatte. Daß auch er zu den Strategen des Zionismus gehörte, versteht sich am Rande. Die französische Historikerin Margaret Coit vermerkte hierzu:

„Baruchs Meinung festigte sich, nachdem er 1912 dem Demokraten begegnet war, der gerade zum Präsidenten der USA gewählt werden sollte, und er erkannte hatte, daß Amerikas Strohmann der Stunde ein korrupter Dummkopf war, den er selbst mit Leichtigkeit in die Tasche stecken konnte.“

16) David Hoggan, „Das blinde Jahrhundert“, Tübingen 1979, S. 423

14) Karl Friedrich Nowak, „Versailles“ Berlin 1927 S. 116

15) George Sylvester Viereck „The Strangest Friendship in History: Woodrow Wilson and Colonel House“ New York 1932

So erklärt sich, daß auch amerikanische Historiker **Bernard Baruch** als eigentlichen Sieger der amerikanischen Präsidentenwahl von 1912 ansahen,

„der unsichtbar auf Wilson's Rücken an die Macht ritt und dort viele Jahrzehnte während der Präsidentschaften von Wilson, Harding, Coolidge, Hoover, F. D. Roosevelt, Truman und Eisenhower verblieb. Keiner dieser 7 schwachen Männer -- vermeintliche Führer der amerikanischen Nation -- wagte es, die sen unnützig egoistischen jüdischen „Euler Statesman“ herauszuordnen.“

M. Coit beobachtete, daß nach Wilson's erster Amtseinführung am 4. März 1913 Baruch ein haareiger Besucher im Weißen Haus wurde-

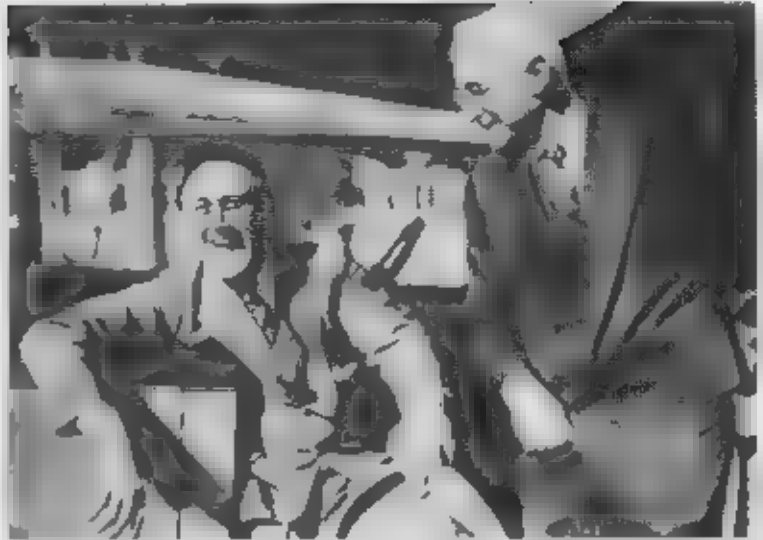
Nach sorgfältigem Studium von Wilson's Besuchskalender stellte Coit fest, daß am 9. März 1917 -- dem Tag an dem Wilson über die wichtigste Frage seiner Präsidentschaft nachdachte, nämlich, ob es der richtige Zeitpunkt war, um ein Kriegsgesandtschaft gegen Deutschland zu zuleiten -- an diesem ganzen Tag also war Baruch -- Wilsons einzige Verbindung. " 17

Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß **Baruch**, der sich nie um ein demokratisches Mandat bemüht hatte, der dem späteren US Untersuchungsausschuß als Beruf "Spekulant" angab¹⁷⁾, der sich mit Arroganz und Verachtung für die "Gojim" durch seine Zeit bewegte¹⁸⁾, die Kriegserklärung Wilson's an Deutschland wenn nicht grundsätzlich veranlaßt, so doch "dringend angeraten" und vorformuliert hat. Das war nicht erstaunlich für einen Mann, "der Wilson von 1915 an mit Generalmonopolmacht insplanen überhauft hatte. " 18

"Die Tatsache, daß die amerikanische Bevölkerung bis zur letzten Minute und überwältigender Mehrheit gegen den Kriegseintritt war, kümmerte Wilson nicht im geringsten mehr, kaum daß er seinen 2. Präsidentschafts-Wahltag in der Tasche hatte.

Wilson's einzige Sorge war es, ihm zu gefallen, der sein Herr und Meister geworden war Bernard Baruch. " 19

„Baruch rühmte sich, er habe während des Krieges die anderen amerikanischen Führer, auch Wilson -- wie ein Mammutbaum -- überragt. Er erinnerte Wilson daran, daß seit 1914 die Munitionserzeugung der Schlüssel zum Sieg sei, und daß diese für die Dauer der amerikanischen Kriegsführung in eine Hand gelegt werden sollte und daß er selber der Mann für diesen Job sei. Die persönliche Profitmacherei Baruchs und seiner jüdischen Guggenheims Verbunde-



Mehr oder weniger unerwünschter Präsidentenberater infolge von Woodrow Wilson seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis Harry S. Truman nach dem Zweiten Weltkrieg: Bernard M. Baruch hier mit Franklin Delano Roosevelt

ten mit ihrem Kupfermonopol wurde sprichwörtlich. Baruch hat nie abgestritten, daß er den amerikanischen Kriegsnutzen selbstsüchtig ausbeutete -- zu einer ungeheuren Vergrößerung seines vorher schon enormen Reichtums. Für 1917 war auch mit seiner erlangten Macht zu einem nicht zufrieden. Am 2. März 1918 wurde er von Wilson zum V. Präsidenten des War Industries Board ernannt, wodurch Baruch als eine diktatorische Gewalt legalisiert wurde. " 20

Baruch gehörte der US-Kommission an bzw. er selbst entschied für diese Kommission, die während des Ersten Weltkrieges sämtliche Waffenverkäufe an die Alliierten vornahm, die Munitionspreise festsetzte und über die Fabriken der USA diktatorisch verfügte. Das Magazin *New Yorker* berichtete -- was es aus Baruchs eigenen Memoiren übernommen hatte -- , **Baruch** habe allein an einem Tag, als in Washington ein Friedensgerücht lanciert worden war, 750.000 Dollar verdient. 19

Nicht überraschend, daß er auch zum engsten Kreis der amerikanischen Delegation zur Friedenskonferenz nach Versailles -- neben **Louis Brandeis** -- gehörte und sich speziell auch mit Reparationen befaßte.

Walter Hines Page

"Oberst" **House** hatte bekanntlich auf die Ernennung des 150%ig-pro-britischen **Walter Hines Page** als US-Botschafter in London Einfluß genommen -- dieser fertigte später sogar offizielle britische Noten an die Regierung in Washington an²¹⁾ , aber auch auf die Entsendung des Deutschenhassers **James Gerard** auf den Botschafterposten in Berlin **James Gerard** zählte 1933 zu jenen, die Hitlers Reichskanz-

17) Margaret Coit, "Mr. Baruch, The Myth. The Eighty Years", Boston 1957, Bd. 2, S. 95 - 96

8. David Hoggan aaO S. 184 + 195, + M. Coit aaO S. 145

9) Eustace Mullins, "The Federal Reserve System", Staunton, VA, USA 1990 S. 90

20) D. Hoggan, "Das blinde Jahrhundert" aaO S. 204 + M. Coit aaO S. 69 + 71 + David Thelen, "Robert LaFollette and the Insurgent Spirit" Boston 1976, S. 164 - 165

21) David Hoggan, "Das blinde Jahrhundert" aaO S. 16.

lerschaft mit Präventivkriegsbemühungen bekämpfen, was in der "Demokratie" F.D. Roosevelt's möglich gemacht und von keinem Staatsanwalt wegen "Volksverhetzung" unterbunden worden war.²²⁾ Ein Krieg gegen Deutschland war ihm offensichtlich noch nicht genug, wie auch für **Bernard Baruch**. Im 1938 mit F.D.R. zusammen „Hitler verdreschen“ hat.²³⁾

Dieser andere „Ratgeber“ – US-Botschafter in London, **Page** – indoktrinierte seinen Präsidenten zu Beginn des Krieges so, als sei er selbst der Regierungschef, der die Richtlinien der Politik zu bestimmen habe. In einem seiner Schreiben hieß es:

„...weder die amerikanische Regierung noch die Öffentlichkeit unserer Landes haben einen Friedensversatz, ernstlich erwägen das nicht an allem auf die völlige Vernichtung der deutschen Barokkratie abzielt.“²⁴⁾

Dies war genau das, was Sir Edward Grey, der britische Außenminister, als Kriegsziel gefordert hatte und dem sich US-Botschafter **Page** zufolge die USA zu unterwerfen hätten.

„Völlige Ausrottung des deutschen Militarismus und Entschädigung für das, was der Vandalismus der deutschen Armee zerstört habe.“²⁵⁾

Page nutzte seine Tätigkeit als US-Botschafter weiterhin dazu aus – und Wilson duldete das –, Friedensbemühungen als „Altweibergeschwätz schwachsinniger Opfer deutscher Propaganda“ zu geißeln.

„Es ging sogar so weit, den Beamten im Foreign Office bei ernstlichen Bemühungen, amerikanische Einwände zu beseitigen, hilfreiche Hand zu leisten. Diese Ungehörigkeit rechtfertigte er mit der falschen Annahme, die Alliierten seien die Retter des Kaiser und Präsident Wilson und seine Ratgeber, seien zu kleinmütig, um das einfachsten Tölpeln der Weltpolitik zu verstehen.“²⁶⁾

Mehrfach hatte es **Page** unterlassen, seinen Instruktionen gemäß in London den amerikanischen Standpunkt zu vertreten. So konnten die eigenen Leute mit ihrem Staatsmann umspringen, von dem sie wußten, daß er

„gegenüber seiner Wahl 1913 niemals versucht hat, sich in die amerikanische, europäische oder fernöstliche Diplomatiegeschichte einzuarbeiten.“²⁷⁾

In geheimen Anweisungen hieß Wilson – wie ihm von **Housser** geraten – unter Umgehung seines Außenministers **Bryan** bereits Ende August 1914 die Regierung in London über seinen Botschafter **Page** wissen, die USA würden auf Völkerrechtsverletzungen Großbritanniens nur platonisch reagieren. Hier stand die Mißachtung des internationalen Seerechts auf Grund der von England proklamierten Blockade der Mittelmächte im Mittelpunkt, die auch die Rechte der Neutralen, ja selbst amerikanischer Unternehmer in erheblichem

Maße mißachtete. Die US-Regierung mußte sich der Öffentlichkeit gegenüber empört äußern, doch das sei nicht ernst gemeint.²⁸⁾ Er hat hiermit bereits seine Neutralität gebrochen, die Öffentlichkeit – also die USA-Bevölkerung, auch die Mittelmächte – über seine wahre Haltung belogen, aber auch die Verteidigung der neutralen Länder sabotiert.

„Die *New York Times* hat nach dem Ersten Weltkrieg eingestanden, daß allein dieses Verhalten ausgereicht hätte – wäre es rechtzeitig bekannt geworden –, um **Page** in Schande zu entlassen und ein Absetzungsversuchen und anschließender Verurteilung Wilsons wegen Landesverrat und Vergehens gegen das amerikanische Völkerrecht zu leiten.“²⁹⁾

Irgendwann in diesen Monaten kamen selbst Wilson irgendwelche Bedenken im Hinblick auf seinen eigenwilligen Botschafter in London.

„Bereits am 29. Oktober 1914 hegte der Präsident eine Befürchtung. Botschafter **Page** „in der letzten Zusammenhang mehr mit amerikanischen Fädeln“ als mit dem gewissem Grade in der übertriebenen Verteidigung der für England besetzt.“³⁰⁾

Doch eine Neubesetzung des Botschafterpostens hat er nicht erwogen, und sein Außenminister **Bryan** war ohnehin von Anfang an schon weitgehend ausgeschaltet worden.

Im Sommer 1916 allerdings rief Wilson Botschafter **Page** in die Vereinigten Staaten zurück, „um sein Amerikatum zu stärken“. Dies nützte ihm aber gar nichts.

„Er benahm sich als unmerklicher Botschafter, selbst ungewöhnlich, sein Verhalten war schwer mit der zeitigen Auflösung des diplomatischen Dienstes zu erklären, zu bringen, nachdem doch die Sorge um das eigene Land, der ersten Platz in den Gedanken eines Beamten einnehmen sollte.“³¹⁾

Am 5.3.1917 „ersuchte“ **Page** den US-Außenminister **Lansing** „dringend“, Wilson

„sollte Deutschland sofort den Krieg erklären, um den alliierten Kreisl zu stärken und den amerikanischen Exporthandel zu retten.“³²⁾

Im Weißen Haus schien niemand gewußt zu haben, daß Botschafter **Page** offensichtlich während der Kriegsjahre bestochen war, da er vom Präsidenten der National City Bank in New York, **Cleveland H. Dodge**, jährlich 25.000,- Dollar erhielt, um die Interessen der Wallstreet gegenüber Präsident Wilson durchzusetzen, was mit entsprechenden, den Kriegseintritt der USA fördernden Berichten geschah.³³⁾

Lord Northcliffe

Auch der britische Zeitungskönig **Lord Northcliffe** (geborener **Harmsworth-Stern**) mit Zeitungen auch in Frankreich und Rußland reihte sich in die Gruppe derer ein, die

28) Ch. Tansill aaO S. 480 + Robert Lansing, "War Memoirs" Indianapolis 1935, S. 166 + 105.

29) Lurac Mufas, The Secret of the Federal Reserve, Schenck, VA, USA 1991, S. 83.

22) David Hoggan aaO S. 425.

23) David Hoggan S. 124 + Roosevelt wollte Hitler derweil "die Nase abreißen".

24) Charles Tansill, "Amerika geht in den Krieg", aaO S. 345.

25) Charles Tansill aaO S. 348.

26) Charles Tansill aaO S. 115 + 90.

27) David Hoggan aaO S. 429 + 449.

Präsident Wilson nachhaltig die Richtung gewiesen haben. Senator Stone, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hat 1917 Lord Northcliffe heftige Vorhaltungen gemacht, die amerikanische Presse nachhaltig zu beeinflussen. Er habe eine beachtliche Zahl amerikanischer Blätter stark an seinen britischen Times-Konzern gekoppelt. Senator Stone:

„Welche ungeheure Macht damit dem Einfluß eines einzelnen Menschen oder einer kleinen Gruppe von Menschen unterstellt wird, ... bedarf keiner Erläuterung“

Die *Internationale Rundschau* ergänzte hierzu, daß die amerikanischen Zeitungen zum überwiegenden Teile die Reden, die im Kongreß gehalten werden, gar nicht veröffentlichen. Der Kongreß sei sowieso nur eine „Abstimmungsmaschine“, und diese Abstimmungsmaschine werde dirigiert durch die öffentliche Meinung; diese aber werde geschaffen in erster Linie durch die Presse, die nicht nur seinen Gehirnen auszubilden in der Lage ist.“

Präsident Wilson wußte um diese Zusammenhänge, schrieb er doch in seiner *Neuen Freiheit*

*„Die Regierung der Vereinigten Staaten ist gegenwärtig in Gefahr, die Sonderinteressen, und unsere Gesetze zu verletzen, daß der Starke den Schwachen zugrunde richtet.“*¹⁰

Heute würde man derartige „Sonderinteressen“ als Lobbyisten bezeichnen. Mündel ist ein Minderjähriger, der einen Vormund benötigt.

Freimaurer- und andere Bruder

In einem Land, in dem es für Senatoren, Richter, führende Staatsdiener, ja für alle, die Rang und Namen haben oder haben wollen, zum guten Ton gehörte – selbst für die vorangegangenen US-Präsidenten von George Washington angefangen –, einer Freimaurerloge anzugehören und ihren Großkommandeuren und Meistern eidlich verpflichtet zu sein, wäre es naiv zu glauben, Woodrow Wilson wäre nicht in diese Kreise eingebunden gewesen. Es spielt dabei keine Rolle, ob er nur Master ohne Schurz und Kette oder zu höheren Graden aufgestiegen war wie sein von ihm zum Finanzminister ernannter Schwiegersohn William McAdoo. Bedenklich stimmt allein seine Zugehörigkeit zu diesen bzw. einer dieser geheimtätigen Logen, verfolgen sie doch Ziele und Herrschaftsprak-

tiken, die offensichtlich das Licht einer offenen demokratischen Gesellschaft scheuen. Für das Jahr 1913 berichten neutrale Quellen aus der Schweiz, in den USA habe es 50 Großlogen mit 15.000 Einzellogen gegeben. *The American Freemason*, das bedeutendste amerikanische Freimaurerjournal, verweist in seiner Ausgabe vom März 1916 auf eine Schätzung von 1,7 Millionen Meister-Maurern innerhalb der USA.¹¹

In Ergänzung zum Zitat von Theodore Roosevelt (vgl. S. 2) sei auf den Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses, das sog. Pujo-Komitee – benannt nach dem Abgeordneten Pujo von Louisiana, verwiesen. Von seiner Untersuchung des amerikanischen Bankwesens drang jedenfalls soviel in die Öffentlichkeit, die Direktoren der Bankengruppe Morgan, First National Bank, National City Bank, Bankers Trust Company, Guaranty Trust Company waren in 112 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 22 Milliarden Dollar mit 341 Aufsichtsratsitzen vertreten.

„Wenn auch dies alles keinen unmittelbaren persönlichen Einfluß beweist, so doch, daß es doch nur geringe Zweifel, daß eine ganze Reihe von beträchtlichen Entschlüssen zu jener Zeit nicht in der weiten breiten Kammern des Weißen Hauses und des Kapitols, sondern in den fast lichtlosen dusteren Katakomben jener Logen faßte.“ Was stand genannt – getroffen wurden, die der Besucher New Yorks nicht ohne Beklemmung durchschneidet. Portal an Portal reihen sich hier die großen Bankhäuser, die schon vor dem Ersten Weltkrieg die Geldgeschäfte der Vereinigten Staaten besorgten, seither aber zu einer finanzzierrischen Austausch-Zentrale fast der ganzen Welt geworden sind.

Gewiß hätte es ohne Präsident Wilsons höchst persönlichen Entschluß keinen Erstschuß Amerikas in den Ersten Weltkrieg gegeben, aber nicht gewöhnliche Schritte aus dem Bankhaus Morgan und seinen Anhängern. Nach dem bedurfte der rasch einsetzende Strom der Kriegslieferungen nach England und Frankreich die Finanzierung der Washingtoner Regierung. In Chicago setzte wurde er aber in New York, und es zeigte sich bald, daß hier die entscheidenden Entscheidungen von einer ganz neuen Art losgerissen wurden. Weltinflusses am Werke waren United Nations und neuen Neuerungen, die den Ersten Weltkrieg beendeten, gehören auch die Begriffe der „business policy“ und „Dollar-Diplomatie.“¹²

Greuelpropaganda als Orientierungsmaßstab

Die US-Propaganda hat Präsident Wilson schon seit Kriegsausbruch in die Hände eines immigrierten „subject of his British Majesty“ gelegt, des kanadischen Gelehrten James T. Shotwell. Als Präsident des Carnegie Institutes in Washington D.C. setzte er den von dort angeleiteten National

Board for Historical Service an, um unbeschäftigte Historiker für Wilson einzuspannen, die dafür bezahlt wurden, eine echte amerikanische Neutralität als verhängnisvoll für die „großen Ziele der Menschheit“ zu beurteilen.

Parallel zu ihm war Samuel Insull seit Kriegsbeginn im

¹⁰) Kar. Heide: *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg*. Basel 1970. 3. Aufl.

¹²) Helmut Sundermann: *Die Prometen und die Abnungssagen*. Bonn 1960. S. 120.

diese Arbeit eingespannt. Auch er war aus England eingewandert, hatte sich als Privatsekretär von Thomas Edison, der ein seines Reichstums wegen hochgeachteter Geschäftsmann war, die Unabhängigkeit verschafft, um den in die USA versetzten britischen Chefpropagandisten Gilbert Parker anzuleiten. So konnte die US-Presse für die britischen Interessen "eingekauft" und England auch mit geheimen Informationen aus den USA versorgt werden. Die Briten haben ihre Propagandaarbeit und -wirkung seit Kriegsbeginn zusätzlich durch die Unterbrechung der Kabel von Europa nach Amerika verstärkt, – die drahtlose Nachrichtenübermittlung spielte noch keine große Rolle. Sie waren damit in der Lage, Auswahl und Inhalte der europäischen Ereignismeldungen zu steuern.

Der eigentliche "harte Kurs" der US-Propaganda fing jedoch mit Kriegseintritt der USA am 6.4.1917 an. Wilson hat den maßgebenden Mann hierfür – er kannte ihn bereits seit 1905 – selbst ausgewählt, den Sozialisten George Creel, – einen der skrupellosesten Propagandisten aller Zeiten" ³²

Creel wurde am 14.4.1917 zum Leiter des Komitees zur Öffentlichen Information ernannt. Sein Bemühen war, die Engländer und Franzosen in ihrer Lügenpropaganda gegen Deutschland noch zu übertreffen. Er begann sofort sich den Ruf eines ersten Propagandaministers der USA zu verschaffen, wobei er sich nicht scheute, auch bolschewistische Slogans und Methoden zu übernehmen. Abgesehen von seinen Parolen "In die Hölle mit dem Kaiser" und derlei, lancierte er Beweise, die Deutschland als so verabscheuenswürdig für die USA in eine Kolonie zu verwandeln und deren nicht-deutsche Bevölkerung in eine winzige Reservation im Süden von New-Mexiko zu konzentrieren.

1918 hatte Creel 150.000 sogenannte "4-Minuten-Männer" zur Hand, die arplotzlich überall auftauchten, um ihre konzentrierten Halbparolen von sich zu geben.³³

Die offiziellen USA und somit auch Wilson haben sich nicht ein einziges Mal gegen die von England betriebene Kriegsgreuelpropaganda verwahrt, sondern sich so verhalten, als seien diese realistische Informationen. Um diese Art der „Aufstachelung zum Krieg“ sich noch einmal vor Augen zu führen, einige kurze Beispiele:

Ein Mann mit einer Lüge-Propaganda nicht wahrhaftig. Sie haben das gesagt. Ich habe deutsche Dokumente gesehen, die zeigen, daß die Propaganda, die die Amerikaner als Beweis gegen sich führen, mit einem gefälschten Tagebuch eines deutschen Soldaten, der seine Arbeit in einer „Le-

³² John Luggan, "The Myth of the New History – Techniques and Politics of the Mythology of American History", Stanford, California 1985 S. 155.

³³ Die beiden Autoren der Creel'schen Arbeitsweise und "Leistungen" sind die Autoren James R. Mock und Cedric Larson in ihrem Buch "Who's behind the War? The Story of the Committee on Public Information, 1917-1919", Princeton University Press, 1972 S. 12.

³⁴ Jean Charaffis auf einer – fraglich bezugnehmenden – Buch von H.C. Peterson + G.C. File "Opponents of War 1917-1919", New York 1977. Wilsons "Fourteen Points" 1918 sind zusätzlich noch die staatlichen Verfügungsmaßnahmen, die schlagartig mit Kriegseintritt der USA gegen Kriegsgreuel eingeleitet wurden, festgehalten.

³⁵ D. Hoggan, "Das blinde Jahrhundert" aaO S. 156-157.



Führende us-amerikanische Isolationisten, die sich vehement gegen Wilson's Kriegseinmischungs-Politik verwahrt haben, marschieren im Paradeschritt an Kaiser Wilhelm II. vorbei. Die Karikatur sollte natürlich diese Männer und ihre Auffassung, wie hier Thomas Gore (Oklahoma), Rep. Joseph Gurney Cannon (R-Mn.), William Jennings Bryan, Sen. Albert Baird Cummins (R-Iowa), Rep. James Robert Mann (R-Illinois) und Senator James Aloysius O'Gorman (D-N.Y.) diskreditieren.

chenfabrik" beschrieb. Man hatte es in die Tasche einer politischen Lüge gesteckt. Ich habe gesehen, daß es die erste und letzte Krücke ist, die die Amerikaner benutzen.

Die Propaganda der Entente hatte 3 Zwecke.

1. wollte sie die Neutralen gewinnen. Diese Aufgabe konnte sie meistern, erst am Standort der Entente, und nicht in Deutschland den Krieg.

2. sollte die Propaganda die Kaiserstunde in der Welt stärken. Es geht darum, die Amerikaner zu überzeugen, daß es sich um einen Krieg zwischen Deutschland und den Völkern handelt.

3. sollte sie die Moral in Deutschland heben und den Krieg gewinnen.

So wurden 66 Millionen Flugblätter über Deutschland mit abgeworfen. Der Erfolg war gering. Erst 1918 konnte die deutsche Niederlage durch den Krieg gewonnen werden, und sie ihre Wirkung.

Im Daily Chronicle schrieb Philip Gibbs:

Wie wir neulich bei einer Erzählung gelacht haben, über die Deutschen in irgendeinem Understand, als eine Anzahl Handgranaten, von geschickten Händen geschleudert, sie geradewegs in der feindlichen Boche traf und sie wie in Stücke rief. Es war ein kostlicher Scherz. Wir lachten und lachten. Das Töten von Deutschen ist ihnen (den britischen Soldaten) nicht mehr als das Töten von Ungarn. Je mehr, je lustiger." ³⁴

"Die Franzosen überschlugen sich in tobenden Haßpredikten

Volk von Frankreich! Du hassest nicht genug. ... Du hast es mit einer Nation zu tun, die dem Teufel verfallen, den Bösen verschrieben ist. Mit einer Nation, die im Gefolge der satanischsten, unfamsten und scheußlichsten Verbre-

*cherbande einhertrotzt, die die Welt je gesehen hat. ... Höre auf, zu den Deutschen, wie sie heute sind, Menschen zu sehen!"*³⁴

Es ist nichts darüber bekannt geworden, in welcher Weise sich Wilson gegen solche Tiraden irgendwann verwahrt haben sollte

Wilson in der Beurteilung seiner eigenen Leute

Diese Personaleinbettung ist gewiß nicht unbeachtlich bei der offiziellen Portra Wilsons, die die Öffentlichkeit ohne die hintergründige personelle Vernetzung zur Kenntnis nehmen mußte. Der der Öffentlichkeit bekannte Resonanzboden sah in Wirklichkeit so aus, daß Wilson 1912 von weit weniger als 40% der weißen männlichen Erwachsenen (die meisten Schwarzen, Asiaten, Mexikaner durften ohnehin nicht mitvotieren) gewählt worden war. Und selbst von diesen hatte er nur 42% der abgegebenen Stimmen erzielt. Da er auf Grund des Wahlmannersystems 10 von 48 Bundesstaaten-Mandate erzielen gelang ihm die Wahl. Doch die Gesellschaftsverhältnisse in den USA sind nun einmal so, daß eine Wahlnormierung über Charakter und Qualifikation eines Präsidentenbewerbers kaum etwas Definitives aussagt.

Michael Kraus, der einzige Historiker, der versucht hat, den gesamten Bereich der amerikanischen Geschichte darzustellen, urteilte über Wilson's "Congressional Government", eine Befürwortung des englischen Regierungssystems, sowie über "A History of the American People", New York 1902, 5 Bände, und "Die neue Freiheit".

*"Die Anhäufung von Auspielungen, die zuweilen ohne Zusammenhang in die Erzählung integriert worden sind, machten seine Geschichte viel umfangreicher als notwendig war. Das alles hätte leicht in 2 Bänden zusammengefaßt werden können."*³⁵

Im übrigen seien Wilson's Arbeiten in der Sachdarstellung außerordentlich unausgewogen, da er die Epochen der Präsidenten Thomas Jefferson 1801 - 1809 und James Madison 1809 - 1817 mit nur wenigen Sätzen streifte, was eine erhebliche Verzerrung seines Themas zur Folge habe. Was

ihn seinerzeit mit diesen Bänden in gewisser Weise populär gemacht hat, war die Rechtfertigung der Südstaaten-Argumentation im nordamerikanischen Bürgerkrieg von 1861 - 1865, was zu einem weiteren Ausgleich der in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer noch vorhandenen innenpolitischen Gegensätze zwischen den Nord- und Südstaaten beitrug.

Ein vernichtendes Urteil über Woodrow Wilson belegte der Amerikaner Emanuel M. Josephson auf vielen Seiten, so u. a.

"Sie (die auf ein privates »Federal Reserve System« hinarbeitenden Morgan-Rockefeller-Bankchefs) kannten ihn (Woodrow Wilson), den korrupten Gouverneur von New Jersey, als einen wollustigen, sittlich verdorbenen, für Schmeicheleien empfänglichen und -- salbungsvoll ausgedrückt -- als Schurken und Lebemann (Wüstling = rake), der bar jeder ethischen und moralischen Prinzipien war"

Bereits während seiner Studienzeit in Princeton war er Zechkumpan von 2 Verwandten des Rockefeller-Clans. Sie kannten alle seine sonst verborgenen Geheimnisse. Sie hatten ihn mehrfach aus skandalösen Klemmen befreit und unterstützten auch finanziell die weitere Karriere ihres Kassensprechers und Schürzenjägers.

Ein auf Wilson als Präsident der Princeton-Universität zukommender Skandal konnte nur mit Hilfe einer Spende eines dieser Rockefeller Verwandten -- Cleveland Dodge -- in Höhe von 75.000 \$ an die Demokratische Partei, mit der seine Nominierung für die Gouverneurswahlen in New Jersey finanziert wurde, abgewendet werden.

Wilson hat bereits zu dieser Zeit reichlich Beweise dafür geliefert, doppelzüngig und verräterisch zu sein. Ein Beispiel war sein Versuch, sich einer Vereinbarung zu entziehen, die er mit George Harvey getroffen hatte. Hiernach sollte er die Wiederwahl des Senators Smith als Gegenleistung für seine Gouverneurs-Nominierung für die Demokratische Partei unterstützen.

Wilson's verachtenswerter Mangel an Charakter ist umfangreich von William F. McCombs, seinem Vorwahlkampf-Manager in dessen Buch "Making Woodrow Wilson President" beschrieben worden.

³⁴ Ludwig Renners: "In Europa gehen die Lichter aus. Der Untergang des Wilhelmischen Reiches", o.J. S. 301. -- Hatte der sowjetische Laßprediger Ilya Ehrenburg dies aus dem Ersten Weltkrieg noch im Gedächtnis, als er 1941 - 1945 Gleichlautendes geriet?

³⁵ David Hoggan: "The Myth of the New History. The Techniques and Tactics of the New Mythologists of American History" Torrance, California 1985, S. 77. -- Die Schlußsätze "Der neuen Freiheit" (deutsche Ausgabe München 1914, S. 225) vermitteln den prägnanten Eindruck: "Die neue Freiheit sei zu vergleichen mit jenen Lüften, die die Schiffe des Kolumbus vorwärts trieben und die stolze Verheißung einer Glücksmöglichkeit mit sich trugen, deren Entfaltung Amerikas Aufgabe sei."

"Ich schreibe ... als ein Gegner der Aushöhlung der amerikanischen Verfassung und der Zerstörung unseres Regierungssystems durch Eitelkeit und Gier nach persönlicher Macht. Er, Wilson, hatte sich stets von den Vergünstigungen (purposes = auch "Zwecken") des Augenblicks leiten lassen. Er war ein Opportunist. Er strebte ständig danach, sich mit milden Umgangssinnen vorwärtszubringen. Er sah nur sich selbst und nur seine eigene persönliche Besonderheit. Er spielte das Spiel ... stets zu gewinnen, niemals zu verlieren. Gewinnen war seine Leidenschaft. Er war ein Sieg trübsal. Er war der erste, der darauf lief, wenn eine Niederlage drohte. Wilson war unempfindlich gegenüber politischen Verpflichtungen. Er kannte keine Schuld gegenüber dem Geber. ... Seine Stärke lag in der Klugheit des Ausdrucks. ... Seine Eloquenz beeindruckte.

Für die konspirierenden Banker war Wilson ein idealer Kandidat für die Präsidentschaft.

Er war finanziell von ihnen abhängig. Er war auf Grund seiner ihnen bekannten Lebensumstände ausreichend verwundbar, um sicher zu sein, daß sie keine Schwierigkeiten haben werden ihn niederzuwerfen und loszuwerden, wenn er ihre Aufträge nicht erfüllen sollte.

Als Gouverneur von New Jersey hat er sich bewiesen, als er die Ratifizierung eines verfassungswidrigen XVI Amendments (XVI Ergänzung) zur US-Verfassung durchsetzte, die die zentrale -- bundesweite -- Einkommensteuererhebung und damit eine bisher verbotene zusätzliche Marktkonzentration des Präsidenten ermöglichte.

Als Gegenleistung für die Sicherung seiner Nominierung für die Präsidentschaft durch die Demokratische Partei und die nachfolgende Wahl hatte Wilson zugestimmt, er würde als erste Maßnahme seiner Verwaltung dafür sorgen, daß er den Kongreß dazu bringen werde, die von ihm gewünschte »corrupt banking bill« (ihren korrupten Gesetzentwurf zur Schaffung des Federal Reserve Banking Systems) anzunehmen. Auch hatte er zugestimmt, daß er keine eigenen Auffassungen über Geld und Banken äußern würde, die anders lauten, als jene, die für ihn »ghost written« von Vanderlip, dem Präsidenten der Rockefeller National City Bank (New York) geschrieben worden.

Um die Öffentlichkeit zu täuschen und das Ausmaß seiner Prostitution ihnen gegenüber zu verbergen, bestand Wilson darauf, mit ihm (Vanderlip) nur über seinen künftigen Schwiegersohn, William G. McAdoo (dem dann eingesetzten Finanz-Secretary = Minister) Verbindung zu halten. Um der verachtenswerten Heuchelei die Krone aufzusetzen, war es sein Plan, nach außen hin vorzutauschen, daß er ein Gegner der Konspiration sei, an die er in Wirklichkeit seine Seele verkauft hatte.

Der Erzheuchler und käufliche Schurke Wilson war äußerst vorsichtig, um jeden öffentlichen Verdacht seines Gekauftheits zu vermeiden.³⁶⁾

Auch H.W. Loucks stellte in seinem 1916 erschienenen

36) Emanuel M. Josephson, "The Federal Reserve Conspiracy and Rockefellers", New York 1968. S. 43 + 44 + 47

Buch "The Great Conspiracy of the House of Morgan" dem von Präsident Wilson übereilt am 26. Dezember 1913 unterzeichneten Federal Reserve Act ein vernichtendes Urteil aus, das ohne die Willfährigkeit des Präsidenten nicht zustande gekommen wäre:

"In dem Federal Reserve Gesetz haben sie der Bevölkerung die verfassungsgebende Gewalt abgerungen und sie für sich selbst gesichert, nämlich Geld zu drucken, in Umlauf zu bringen und entsprechend seinen Wert zu regulieren. ...

Das Bankhaus Morgan ist nunmehr in die Lage versetzt, die oberste Kontrolle über unsere Industrie, unseren Handel und unsere Politik auszuüben. Sie üben damit die vollständige Kontrolle der Richtlinienkompetenz der Parteien -- der Demokraten, Republikaner und Progressiven -- aus. Die gegenwärtige außergewöhnliche Propaganda für das "Vorbereitetsein" ist auch für den heimischen Markt bestimmt, als für die Verteidigung gegen einen möglichen Aggressor."³⁷⁾

Rex Stanward Baker charakterisierte in seinem Buch "Woodrow Wilson: Life and Letters" (7 Bände, New York 1931 - 1939), den schicksalhaften Präsidenten in vernichtender Weise. Hatte man vorher schon vernommen, daß Wilson über die europäischen Verhältnisse -- mit Ausnahme in etwa von England bzw. Großbritannien -- gar keine Kenntnisse hatte und er veranlaßt wurde, in Versailles 1919 mit gefälschten historischen Landkarten und verlogenen Angaben neue Grenzen zwischen den Völkern zu ziehen, die ihrerseits wieder zu neuen Kriegen führen mußten, so nahm der einfache Bürger solches zunächst nur zweifelnd auf. Doch es stimmte:

"Dieses ehrenhafte und geradeheraus geschriebene und in die Tiefe gehende Werk von Ray Stanward Baker offenbart, wie schockierend wenig Präsident Wilson von den gegensätzlichen Weltereignissen verstand. Sein Schwerpunkt waren die amerikanischen heimischen Verhältnisse. Wahrscheinlich gab es in der amerikanischen Geschichte keinen Präsidenten, der weniger qualifiziert war, als er die komplizierten auswärtigen Vorgänge zu beurteilen. Die Öffentlichkeit gab sich dem Glauben hin, daß Wilson für sein Amt gut vorbereitet gewesen sein mußte, wenn er ja ein Universitäts-Professor war. Die Öffentlichkeit hat freilich nicht bedacht, daß ein Universitäts-Professor verloren ist, wenn er über die Grenzen seiner Spezialkenntnisse hinausschreitet."³⁸⁾

Der amerikanische Historiker Charles Tansill hielt Wilson für einen "politischen Neuling, dessen Gesichtsfeld sich lange auf einen Universitätshof beschränkte."³⁹⁾

Charles Tansill hatte Recht, wenn er über Wilson ausführte:

"so unterlag er doch den »Ratschlägen« all jener, die er selbst in ihre Ämter eingesetzt hatte."

In seiner Einführungsrede 1913 sprach Wilson von seiner

37) Eustace Mullins, "The Secrets of the Federal Reserve", Staunton, USA. VA 24401 P.O.Box 1105, 1001, S. 30.

38) David Hoggan, "The Myth..." aaO S. 168

39) Charles Tansill aaO. S. 230 + 342 345

Regierung, die „im Dienst der Menschlichkeit“ tätig werde, und davon, daß starke Nationen verpflichtet seien, festzulegen, was „rechtens und menschlich“ sei. Das amerikanische Volk sei „das Licht der Welt, die einzige idealistische Nation“. Diese Sprüche hiefen darauf hinaus, die amerikanische Flagge nicht nur als Symbol Amerikas anzusehen, sondern als Banner, auf das künftig „die ganze Menschheit schwören könne“, und das dafür zu verwenden sei, um die Deutschen des Weherrschaftstrebens und deshalb des internationalen Verbrechens zu bezichtigen.³⁹ S. 342

Jack P. Morgan machte sich im Schicksalsjahr 1914 seiner Empörung gegen die „demokratischen Volksaufhetzer“ so vor allem gegen Präsident Wilson, in einem Schreiben an einen Freund mit den Worten Luft

*„Eine größere Ansammlung völlig unsachverständiger und unscheinbar leichtgläubiger verschrobbener Leute stand meines Wissens nur an der Spitze eines hervorragenden Landes, als da es sich hier für vorrangigste Versuche.“*⁴⁰ S. 166

Wilson's fromm verkündete Neutralitätspolitik in den Jahren 1914 - 1917 war von Anfang an Betrug, so formulierte es der eh. Gouverneur von Wisconsin und Senator Bob (Robert Marion) La Follette, wie im Congressional Record 1914 - 1917 nachzulesen ist. La Follette bezeichnete Wilson als „psychisch abtoll, verantwortungslos, inkonsequent und voreingenommen gegenüber dem englischen Imperialismus, dem Bolschewismus und Zionismus“.⁴¹ S. 188 - 189

Der amerikanische Historiker David Hoggan urteilte:

„Wilson, der Erzkriegsverbrecher, fuhr fort, die USA anzuregen, das ganze Kräftefeld mit hysterischen Phrasen und Gesetzen zu überschäumen. Sein Wahlkampfslogan war nicht nur ein leeres Versprechen, sondern jedem anständigen Menschen im Hals stecken geblieben. „Das Recht ist wertvoller als der Friede.“ Wäre Wilson ein ehrlicher Menach gewesen – der er nie war –, so hätte er zugegeben, daß weder Recht noch Frieden mit den europäischen Ambitionen des amerikanischen Imperialismus vereinbar. Wertungen hatten und ebenso wenig mit der Ausbeutung der unterdrückten Massen im eigenen Land. ...“

Wilson, das Werkzeug von Bernard Baruch, erhielt seine Order vom Hause Rothschild und den anderen sogenannten internationalen Bankiers. Seine politische Karriere war am J. P. Morgan zusammen mit Colonel Harney als dessen Handlanger in die Wege geleitet worden. Wilson reagierte nur auf die Forderungen der Reichen und kümmernte sich nie um die Wünsche des amerikanischen Volkes.⁴² S. 144 - 145

Der ehemalige US-Präsident William H. Taft warf seinem Nachfolger in einem Schreiben zu Beginn des Ersten Weltkrieges vor:

„Was für ein schreckliches Durcheinander Wilson macht! Als was für einen Opportunisten hat er sich hingestellt, und wie rücksichtslos gebraucht er jetzt die politische

*Macht, um das Land in einen Krieg hineinzuziehen, allein, um sich politisch zu sichern.“*⁴³ S. 56 Fn. 5

Senator Lodge beschuldigte seinen Präsidenten, er sei *„rachsüchtig, unehrlich, inkompetent, anmaßend, ein politischer Emporkömmling, und seiner akademischen Leistung fehle jegliche Originalität.“*⁴⁴ S. 456 - 459

Acht Monate nach dem Tod seiner ersten Frau Ellen am 6.8.1914 engagierte er sich mit der 43-jährigen Edith B. Galt so intensiv, daß seine Untergebenen es schwierig fanden, ihn für seine politischen Aufgaben zu interessieren.⁴⁵ Am 18.12.1914 hat er sie geheiratet.

Wilson's erster Außenminister, William Jennings Bryan, der aus Protest gegen Wilson's Kriegspolitik am 8.6.1915 zurückgetreten war, warf dem Präsidenten öffentlich vor, er sei gegenüber Deutschland unehrenhaft, weil er, während er Deutschland zur Rechenschaft zieht, gleichzeitig die immer länger werdende Liste britischer Verbrechen gegen Völkerrecht und Menschlichkeit dulde.⁴⁶ S. 7

Bereits am 8. Januar 1915 hatte Bryan vom Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, William J. Stone, einen langen Brief erhalten, in dem etwa 20 Klagen gegen die unneutrale Politik der Regierung seit Ausbruch des Krieges 1914 aufgezählt waren.⁴⁷ S. 45

US-Historiker beschrieben ihn schließend als *„Marionette in den Händen der Morgan, Rockefeller und jüdischen Plutokraten“*⁴⁸ S. 162

„Oberst“ House schrieb in seinem Tagebuch

*„Der Präsident hat alles in unsere Hände gelegt und hat weder eine Anregung noch einen Ratsschlag beifolgt, sei der schriftlich übermittelt, obwohl ich seinen Schicksal so dominant auf dem Spiel steht.“*⁴⁹

Am 30.5.1919 vertraute House seinem Tagebuch an

*„Allgemein hat sich das Gefühl durchgesetzt, daß die Aktionen des Präsidenten nicht mit seinen Reden übereinstimmen. Da geht ein bon mot durch Paris und London: Wilson spricht wie Jesus Christus und handelt wie Lloyd George. Ich hatte selten oder nie die Chance, mit ihm ernsthaft zu sprechen, und im Augenblick habe ich keinen Einfluß mehr auf ihn.“*⁵⁰

Der spätere US-Präsident Herbert Hoover fand für ihn mit Rückblick auf den Versailler Frieden von 1919 folgende vernichtende Beurteilung:

„Die Alliierten nahmen keine der 14 Punkte ... ernster als irgendeine ihrer Lobreden, auf den amerikanischen Idealismus und ihre Schmeicheleien für den Präsidenten. Daß dies die eigentliche Haltung der führenden europäischen Staatsmänner war, offenbarte sich rasch. Sie waren ganz allgemein der Ansicht, daß wir für den Krieg nur wenig getan hätten, ... daß Präsident Wilson ein weltfremder Idealist sei, der von der europäischen Wirklichkeit nicht die geringste Ahnung hatte, daß sie den Krieg gewonnen hätten.“

42) S. Freud / W. Bullitt. "Thomas Woodrow Wilson" aaO S. 191

43) David Hoggan, "Das blinde Jahrhundert", S. 166.

44) David Hoggan aaO S. 162

45) S. Freud / W. Bullitt "Thomas Woodrow Wilson" aaO S. 217

46) ebenda S. 214

40) Charles Tansill aaO S. 56 + Fußnote + S. 33

41) David Hoggan "Das blinde Jahrhundert", S. 188 - 189 + 474 - 475 + 498 - 499

und sich die Siegerlande einheimen wurden. Ihr Ziel war die Macht, um sich selber und ihre Rasse zu schützen. Auch wenn dies ein weit weniger edles Ziel war als die Rettung der Menschheit.⁴⁷

William Bullitt, der spätere US-Botschafter in Moskau und Paris unter F.D. Roosevelt urteilte:

"Wilson's offensichtliche Heuchelei war, dass er in der Selbstanzeige, Erbsprüche in der Fälschung, Fakten zu ignorieren und an die Kraft der Worte zu glauben. Wilson's große politische Phantasie erlaubt hat begreifen, wie zu glauben, wie immer auch die Fakten sein mochten."⁴⁸

"Die Unwissenheit des Präsidenten über die Welt außerhalb der USA

Wäre nur ein Teil der europäischen Aufmerksamkeit interessiert. Er gestattete Hoose, sich damit zu beschäftigen.

Wilson's je stilles Leben war stets in der USA und er sympathisierte mit dem liberalen, weißen Haus. Er war es nicht, obwohl er wusste, aber hatte kein Politik, Geographie und Russen. Zusammenfassung. Auch nach dem ersten großen Reden über internationalen Affären gehalten hatte, nach seiner Waise über den Kontinent Europa geschickt. Er hatte genügend Fakten, um seine Reden zu halten, doch verstand er oft selbst nicht die Zusammenhänge seiner eigenen Worte.

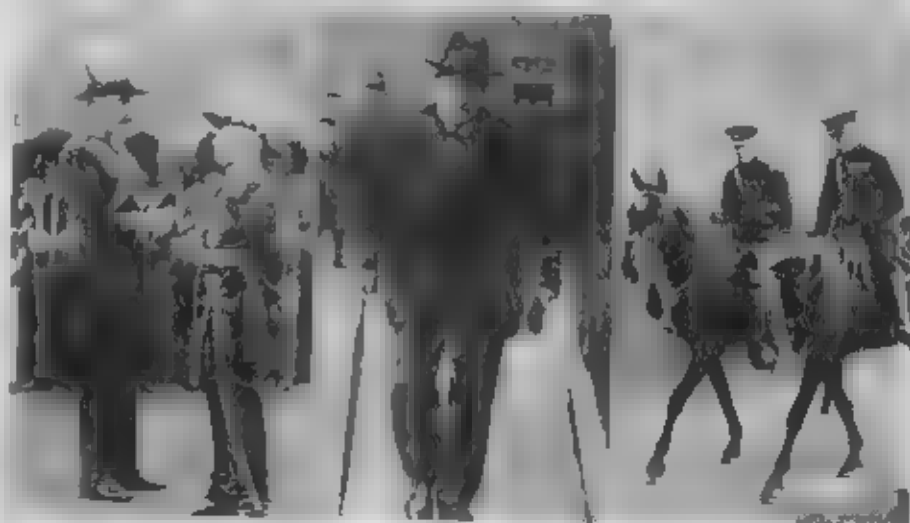
Auf der "George Washington", mit der er zur Friedenskonferenz fuhr, sagte er beabsichtige, Böhmen zu die Tschechoslowaken abzutreten. Als er gefragt wurde, was er wenn mit den

3 Millionen Deutsche in Böhmen? Das ist seltsam! Missig hat das von ihm berichtet.⁴⁹

Während des Mittagessens im Weißen Haus, im Februar 1916, gab es eine Diskussion über die jüdische Rasse. Wilson testete, launig, auf es mindestens 100 Millionen Juden gab. Als ihm gesagt wurde, daß es nur weniger als 15



DAS
BRITISCHE
KRIEGS
KABINETT
VON
1911



Millionen Juden gute, ließ er sich den World Almanac bringen, und selbst nachdem er die Zahlen dort gesehen hat konnte er kaum glauben, daß seine Auffassung falsch war.

Er gab Südtirol an Italien, weil er nicht wußte, daß dort Österreicher deutschen Blutes südlich des Brenner Passes lebten.⁵⁰

Immerhin: Wilson las täglich zweimal in der Bibel.⁵¹

47) Herbert Hoover "Memoiren" Mainz 195. Bd. I S. 39.

48) S. Fried / W. Bullitt "Thomas Woodrow Wilson" New York 1966. S. 22.

49) S. Fried / W. Bullitt, "Thomas Woodrow Wilson" a.a.O. S. 185. 186. 50) ebenda S. 194.

Der Seekrieg als Vorwand

Die parteusche Haltung Wilsons gegenüber den Kriegsführenden in Europa zeigte sich schon von August 1914 an:

a)

Wilson bestand darauf, daß amerikanische Bürger, wenn sie auf Schiffen kriegsführender Engländer nach Europa reisen, unter dem Schutz der USA standen. Selbst Parteiführer seiner eigenen Demokratischen Partei kritisierten dies als „abenteuerlich und zum Krieg aufreizend“. Der Kongreß verwarfte sich in hitzigen Debatten und Resolutionen bis 1916 noch deutlicher gegen diese Auffassung des Präsidenten.

„Eine Verletzung des Rechtes der Amerikaner auf Schiffen Kriegsführender zu reisen, wird nicht als gerechter Grund zu einem Krieg betrachtet. ... Bei dem Entscheid zwischen Krieg und Frieden sollte der Kongreß vollkommen klar heraus, daß der Frieden Amerikas viel, viel wertvoller ist, als die Verteidigung vorwitziger Amerikaner, die sich unter kriegsführender Flagge über das Meer wagen. ...

Der wichtigste Tatsache ist, daß der Kongreß nicht für den Krieg stimmen, so sehr auch die Exekutive darauf besteht.“

Eine Erklärung des inzwischen zurückgetretenen Außenministers William Jennings Bryan vom 8.3.1916 ist in ähnlicher Ton gehalten.

b)

Wilson billigte von Anfang an amerikanische Waffen- bzw. Konterbandenlieferungen an England und Frankreich, auch das Ankern von bewaffneten Handelsschiffen der Engländer und Franzosen in amerikanischen Häfen. Am 15.10.1914 bereits erklärte er in aller Öffentlichkeit:

„Jeder Bürger der USA dürfe an eine kriegsführende Regierung unter ihrer Agende jeden betriebligen Handelsartikel verkaufen.“

In der Praxis kam diese Ermunterung fast ausschließlich England und Frankreich zugute. Bis zum 15.1.1915, also 5 ½ Monate nach Kriegsausbruch, hatten diese Länder bereits für 500 Millionen Dollar Munition und sonstiges Kriegsmaterial von den USA erhalten.⁵¹

c)

Wilson ließ zu, daß private Banken wie vornehmlich die J.P. Morgan & Co. und Rockefeller Banken, dann aber auch das offiziell amtliche Federal Reserve Board⁵², angefangen vom Januar 1915 bis Kriegseintritt der USA Anfang April 1917 = 2,3 Milliarden Dollar an Kriegsanleihen für England und Frankreich auflegten – natürlich auf Kosten des US-

Steuerzahlers. Diese Werte wurden als Kriegsgüter-Lieferungen an die Entente-Mächte transferiert. Wilson's Schwiegersohn McAdoo, vom Schwiegervater zum Finanzminister erkoren, nuschelte in diesen üblen Machenschaften mit, den Staat USA in Verpflichtungen hineinzuziehen, die von der Bevölkerung gar nicht gewünscht wurden. Schon nach der ersten Anleihe von 500 Millionen Dollar im Oktober 1915 an Frankreich und England änderte sich in den USA die Wirtschaftslage:

„Mit verblüffender Schnelligkeit hielt die Prosperität ihren Einzug in Amerika. Die Wirtschaftsdepression, die der Regierung im Frühjahr 1915 so viel Sorgen gemacht hatte, verschwand plötzlich, und ein allgemeiner Aufschwung setzte ein. Der plötzliche Übergang von der Zeit der Not zum Überschuß war der Gegenstand vieler Auslassungen der amerikanischen Zeitungsleute.“⁵³

Dabei war die Wirtschaftskrise in den USA 1914 noch größer, als dies hier zum Ausdruck gebracht wurde:

„Die ersten Monate von Wilson's Regierungszeit wurden von einem verhängnisvollen Geschäftsaufgang begleitet, den das großzügige neue Aufbauprogramm des neuen Regierungschefes eher zu verschärfen als zu mildern schienen.“

Der Ausbruch des Weltkrieges im August 1914 verschlimmerte die Lage noch beträchtlich, und die Aussichten für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg waren ausgesprochen düster. Viele Fabriken arbeiteten nur mit 60% ihrer Leistungsfähigkeit. Schätzungen der Arbeitslosen kamen nahe an die 1 Million. Hunderttausende der feuerkräftigen Männer waren im Verhängen.

Als die alliierten Regierungen große Bestellungen auf Kriegsmaterial in den Vereinigten Staaten aufzugeben begannen, zeigte sich bald eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse. Aber die „schlechten Zeiten“ hielten noch bis gut in das Jahr 1915 an. ...

In Bradstreet's Journal vom 30. Januar 1915 wird auf die Tatsache hingewiesen, daß es im Jahr 1914 = 16 769 Konkurse gab, die größte Zahl in der Geschichte des Landes.⁵⁴

Kaum bekannt ist, daß Frankreich im Herbst 1914 – so ein Bericht seines ehemaligen Außenministers und späteren Historikers Gabriel Hanotaux – ein Friedensangebot an Deutschland erwogen habe. Doch da der US-Botschafter in Paris, Myron T. Herrick, zur Fortsetzung des Krieges geraten und den zu erwartenden Kriegseintritt der USA in Aussicht gestellt hatte, nahm die französische Regierung davon wieder Abstand.⁵⁵

54) Charles Tansill aaO. S. 91 + 44

51) Charles C. Tansill, „Amerika geht in den Krieg“, Stuttgart o.J. S. 385 + New York „Evening Post“, 8.3.1916

52) Charles C. Tansill aaO. S. 67

53) Wilson hatte sich 1913 „leiten lassen“ die staatliche Notenbank Hoheit einem Konsortium privater Banken zu übertragen.

Ob Wilson seinem Pariser Botschafter eine solche Instruktion erteilt hatte, oder ob dieser ebenso selbstherrlich mit seinem Präsidenten umsprang wie sein Kollege Page in London – Unterlagen hierfür scheint es nicht zu geben –, ist sicher weniger wichtig, als die Tatsache, daß er wußte, welche Verhältnisse in Washington herrschten. Vor diesem Hintergrund verblissen freilich alle späteren Entrüstungen Wilson's über deutsche Seerechtsverletzungen.

Großbritannien hatte von Kriegsbeginn an seine Handelschiffe bewaffnen lassen, verwendete häufig "als Kriegslinie" die amerikanische Flagge, führte ab 2.11.1914 eine großräumige Blockade über die Nord- und Ostsee, aber auch den Atlantik gegen Deutschland ein, beschlagnahmte oder versenkte auch willkürlich neutrale, selbst US-Handelschiffe und definierte den Begriff Konterbande nach eigenen Bedürfnissen.

Gegen all das erhob Präsident Wilson keinerlei ernsthafte Einwände, obgleich selbst amerikanische Schiffe und amerikanischer Handel mit neutralen Ländern davon betroffen waren.

Der Atlantik war zum entscheidenden Kriegsschauplatz geworden.

Hat sich auch die europäische Kriegsentwicklung im Hochsommer 1914 im Sinne der Erwartung Wilson's gezogen (im Gegensatz zum späteren Verhalten F.D. Roosevelt's in bezug auf den Zweiten Weltkrieg)⁵⁵, so hat er sich jedoch unverzüglich nach Ausbruch dieses Krieges, wenn auch nicht immer in Worten, so doch in Taten offen auf die Seite Großbritanniens und Frankreichs und damit auch Rußlands gestellt. Neutralität stellte er als einen völkerrechtlichen Status dar, der darin bestünde, keine Truppen in den Kampf zu schicken.

1912 vertrat er im Streit der Bürgerkriegsparteien in Mexiko vor dem amerikanischen Kongreß einen Neutralitätsstandpunkt, den er für die Jahre 1914 - 1918 jedoch total verdrängt hatte, was ihm den Ruf selbst bei seinen eigenen Leuten eines verlogenen Politikers eintrug. Originalton 1912:

"Ich halte es für noch zu früh, die Vollmacht auszuüben, die uns durch das Gesetz vom 14. März 1912 übertragen wurde, und darüber zu entscheiden, ob keine Seite bei dem jetzt in Mexiko stattfindenden Kampf irgendwelche Unterstützung am Ufer der Grenze erhält. Ich werde dem besten Bruch der Völker in der Neutralitätsfrage folgen, und ich den Export von Waffen und Kriegsmunition jeder Art von den Vereinigten Staaten nach irgendeinem Teil der Republik Mexiko verbiete."

Hätte sich Wilson ab Kriegsausbruch in Europa am 4. August 1914 wirklich neutral im Sinne des herrschenden Völkerrechts verhalten, wie es sein Außenminister Bryan unlässig gefordert hat, so hätte es kaum einen Weltkrieg gegeben, zumindest wäre der europäische Konflikt frühzeitig mit

einem Kompromißfrieden beendet worden, allein aus dem Grund, weil England und Frankreich den Krieg ohne die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen gar nicht hätten weiterführen können. Nach Eroberung der französischen und belgischen Waffenschmieden durch die Reichswehr und deren Nutzbarmachung für die deutsche Industrie hatte sich diese Konsequenz aufgetan.⁵⁶

Als am 4.2.1915 die Reichsregierung angekündigt hatte, sie werde in Kürze – was dann am 22.2.1915 geschah – eine U-Boot-Kriegszone um die britische Insel verkünden und damit den U-Bootkrieg gegen feindliche Kriegsschiffe und mit Konterbande beladene Dampfer (hierfür standen nur 21 U-Boote zur Verfügung)⁵⁷ eröffnen, protestierte US-Außenminister Bryan in einer Note nach London und nach Berlin gleichermaßen. Doch was man damals nicht wußte und erst nach Beendigung des Krieges durch Aktenveröffentlichungen bekannt wurde, war, daß der britischen Regierung über Botschafter Page insgeheim mitgeteilt worden war, Protestnoten aus Washington nach London seien nur für die Öffentlichkeit bestimmt, in Wirklichkeit solle man sie nicht ernst nehmen.⁵⁸

Im Januar 1920 bestätigte der französische Stabschef Castelnau, die deutsche Admiralität habe den U-Bootkrieg "mit vollem Recht" begonnen. Andere Persönlichkeiten aus England haben sich nach dem Krieg gleichfalls geäußert.

Ermindert in diesem Zusammenhang sei die Beselwerde-Note von US-Außenminister Bryan am 12. Februar 1917 an die Londoner Adresse wegen der häufigen Verwendung der amerikanischen Flagge durch britische U-Boote. Gegen eine "gelegentliche Verwendung konnte", so hieß es darin, die amerikanische Regierung zwar nicht einschreiten, "jedoch ausdrückliche diesbezügliche Anweisungen" der britischen Regierung müßten zurückgewiesen werden. Eine solche lauwarme, ja geradezu zum Mißbrauch einladende Beschwerde rief in London allenfalls Schmunzeln hervor.

In seiner Antwort belehrte Sir Edward Grey die amerikanische Regierung dahingehend, anerkannter Grundsatz des Völkerrechts sei, daß Kauffahrtschiffe einer kriegführenden Nation eine neutrale Flagge gebrauchen dürfen, um sich der Feindeinwirkung zu entziehen.

Nach dieser allgemeinen Erörterung hat Grundsatz des Völkerrechts als Antwort zu geben. Es bedarf, wie es schon oft, die amerikanische Regierung über amerikanische Politik zu belehren."⁵⁹

58) F. W. D. am Engdahl: "Mit der U-Boote zur Weltmacht". Wiesbaden 1993, S. 62.

59) Charles Tansill aaO S. 95.

"Bei Kriegsausbruch hatte Deutschland nur 18 U-Boote. Im Februar 1915 wurde diese Zahl auf 21 erhöht. Im Verlauf des Krieges wurden 143 U-Boote gebaut. 178 gingen verloren. In England belief sich die Zahl der mit U-Booten beschafften Leute einschließlich Besatzung auf 112.000 Mann, in England aber auf 770.000. Auf deutschen U-Booten kamen 5.18 Offiziere und Mannschaften ums Leben. Mit diesem Opfer an Menschenleben vermochte Deutschland 770.000 Engländer in 5 hoch zu halten."

60) D. Loggan aaO S. 44.

61) Charles Tansill aaO S. 185 Fn.

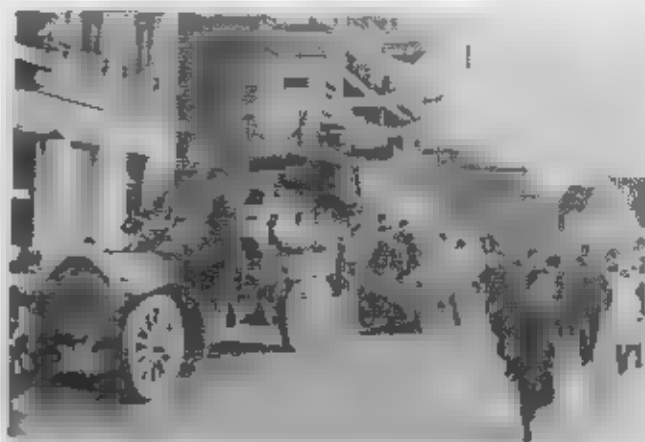
55) Sven Hedin: "Amerikaner im Kampf der Kontinente". Leipzig 1942, S. 124.

56) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 20 "Die Schwarze Frage des Ersten Weltkrieges".

57) Ch. Tansill aaO S. 5. 57. Vergl. Messages and papers of the Presidents, Bd. 16, S. 888.



Auslese aus dem Waffenarsenal der Mittelmächte.
(Oben) Eine der österreichisch-ungarischen 30,5 cm
Motorkanonen vor der Artilleriekaserne in Brüssel.
Rechts: Transport eines deutschen Flugzeuges



In der gleichzeitig am 10.2.1915 von Washington nach Berlin abgesandten Note hieß es demgegenüber in scharfem Ton, daß eine Vernichtung feindlicher Kauffahrteischiffe ohne vorheriges Betreten und Untersuchen "ohne Vorgang im Seekrieg" und daher völkerrechtswidrig und zu verurteilen sei. Sollte gar ein amerikanisches Schiff in solcher Weise betroffen werden, so sei die deutsche Regierung "voll verantwortlich".

Auf den amerikanischen Protest hin hat jedenfalls die Reichsregierung sich bereiterklärt, den U-Bootkrieg wieder aufzugeben, wenn England die Hungerblockade gegen Deutschland einstellt oder wenigstens – auch den neutralen – Handel mit Lebensmitteln und nicht zur Kriegführung geeigneten Materialien und deren Verteilung durch amerikanische Hilfsorganisationen zulasse. London hat das verweigert. Dabei waren bislang die deutschen U-Boot-Kommandanten angewiesen, nur feindliche Kriegsschiffe und feindliche Handelschiffe mit Konterbande zu bekämpfen, bei solchen Schiffen sich jedenfalls vorher zu vergewissern, ob sie Konterbande an Bord haben oder nicht. Die von England eingesetzten U-Boot-Fallen, die mit amerikanischer Flagge und verdeckten Kanonen fuhren, machten einen solchen "fairen" Kampf zunichte.

Präsident Wilson ließ nicht nur Waffen und Munition nach England und Frankreich von Kriegsbeginn an verschaffen, sondern erteilte am 3.3.1915 auch Hafenerlaubnis für deren bewaffnete Handelschiffe. Dies geschah, als die britische Regierung am 11.3.1915 eine neue Regierungs-Order in Kraft setzte. Hiermit beschlagnahmte die britische Flotte Hunderte weiterer Schiffe neutraler Staaten und legte damit sogar "praktisch einen großen Teil des Ausfuhrhandels der Vereinigten Staaten nach den neutralen Ländern Europas lahm".

"Oberst" House wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß die britische Regierung ihre Blockadepolitik "nicht ändern konnte, um Amerika zu versöhnen."⁶²

Im weiteren Kriegsverlauf verschärfte Großbritannien sogar noch seine Blockade auch zu weiteren Lasten der USA. Nicht bei einer einzigen Völkerrechtsverletzung zum Nach-

teil der USA (Postbeschlagnahmen, Schwarze Listen von US-Firmen, die mit unerwünschten Ländern Handel trieben, britischer U-Boot-Einsatz gegen Neutrale in der Ostsee, einseitige Konterbandenbestimmungen usw.) hat London Protesten aus Washington nachgegeben.⁶³

Wie diese Situation auf deutscher Seite beurteilt wurde, faßte im Mai 1915 die Zeitschrift *Kunstwart und Kulturwart* in die Worte:

"Kämpfeln war eigentlich noch gar nicht. Es war ein Frankreich und Rußland oder kämpfen wir nur noch gegen Amerika?"

Am Durchhalten der Munition liegt alles, haben die feindlichen Fächler gesagt, und ihre Munition ist schon zu Ende, laßt uns in Amerika und Japan nicht verwickeln. Japan ist ja 'Kriegsteilnehmer'. Aber Amerika ist neutral. Den Haken, und so, er macht so häufig bei sich. In Grunde ist es so, daß der Krieg nicht aus der Hand kommt, er ist so, wie diese Schande, aber die Vereinigten Staaten nicht.

Wenn die Ehre eines Staates je auf dem Spiel steht, steht sie jetzt in Amerika auf dem Spiel. Seht sie. In der Hunderte für halbe Tausende von Millionen. Waffen verkauft, die gegen die Herzen unserer Feinde auf sich gerichtet sind – sollte je werden. Es ist nicht nur ein Feind, für unsere Ohren nur wie Spott gegen Gott."⁶⁴

Am 7.5.1915 versenkte U-20 einen solchen bewaffneten britischen Hilfskreuzer – die *Lusitania*. Sie hatte 1.959 Personen an Bord, von denen 1.198 ums Leben kamen – darunter 270 Frauen und 94 Kinder, 128 Amerikaner –, aber auch 4.200 Kisten Gewehr- und 1.250 Kisten Artilleriemunition = "neben Explosivstoffen 6 Millionen Schuß Munition". Kurz vor Auslaufen aus New York waren die Passagiere noch von einer deutsch-amerikanischen Organisation gewarnt worden, obgleich sie es an sich selbst hatten wissen müssen, in welche Gefahrenlage sie sich begeben. Sogar Präsident Wilson war von Senator LaFollette und seinem Außenminister Bryan dringend ersucht worden, vor dem Auslaufen der *Lusitania* die in amtlichen englischen Schiffsregistern als "bewaffnet", als "fighting ship" gekennzeichnet war, die Passagiere zu warnen. Doch Wilson tat nichts dergleichen, statt dessen verbrachte er sich mit Golfspielen seine Zeit.⁶⁵

62) Charles Tansil aaO S. 187 - 188.

63) Ch. Tansil, aaO S. 414.

64) Ch. Tansil, aaO S. 416.

65) Ch. Tansil aaO S. 447 + 49.

66) Ch. Tansil aaO S. 224 + 220.

Nach Versenkung der *Lusitania* tat Wilson erneut entrüstet, verweigerte aber immer hartnäckiger, seine Bürger zu warnen, auf Schiffen kriegsführender Mächte, zumal bewaffneten und mit Kriegsmaterial beladenen, zu reisen. Er bestand darauf, daß auch diese Bürger unter dem Schutz der USA stünden. Hätte er sich doch das Verhalten Englands im russisch-japanischen Krieg von 1904–1905 zum Beispiel genommen: Damals hatte die Londoner Regierung bekanntgemacht, daß britische Bürger, die sich auf Schiffe, gleich welcher Art, unter russischer oder japanischer Flagge begeben, dies auf eigenes Risiko täten und keinen Schutz der britischen Regierung erwarten können.

Ogleich Wilson die deutsche Regierung für die Versenkung der *Lusitania* scharf verurteilen ließ, haben

*"von 1.000 Leitartikeln amerikanischer Zeitungen in denen nur weniger als ein halbes Dutzend also nur etwa 5 % die Ansicht vertreten, es müßte Krieg erklärt werden."*⁶⁷

Doch Ratgeber "Oberst" House, gerade in London, sagte derweil einen Krieg der USA "binnen eines Monats" voraus.⁶⁸

*"Die amerikanische öffentliche Meinung in industriellen Kreisen zeigt Kriegsstimmung, und dies wirkte sich sofort auf den Börsenmarkt aus. Nachdem am 7. Mai die Nachricht von der Versenkung der Lusitania Wall Street erreicht hatte, wechselten etwa 800.000 Börsenpapiere in einer Stunde förmlichen Feilschens ihre Besitzer."*⁶⁹

Die deutsche Antwortnote auf den amerikanischen Protest verwies auf das kriegsrechtgemäße Verhalten des U-Boot-Kommandanten, da die *Lusitania* tatsächlich Kriegsmaterial befördert hatte und außerdem bewaffnet war. Botschafter Bernstorff hat in einer Unterredung mit Präsident Wilson am 2.6.1915 die in Washingtoner Regierungskreisen hochgespielte Kriegsstimmung wieder mühsam zu glätten verstanden. Ziel Wilson's aber bleibe, auf die Aufhebung des U-Bootkrieges zu drängen. Eine Protestnote an England der *Lusitania* wegen hat sich Wilson erspart.

Ungeachtet der Proteste gegen Deutschland verschärfte Wilson die allgemeine Lage noch dadurch, daß er den *Lusitania*-Fall dafür nutzte, um Generalmobilmachungs- und Generalstabspläne für die Entsendung von 1½ Millionen Soldaten nach Europa, die dort unter britischem Kommando kämpfen sollten, aufstellen zu lassen.⁷⁰

Aus der Erkenntnis und Verärgerung heraus, daß er seinen Präsidenten nicht auf einen gebotenen Neutralitätskurs festzulegen vermochte und sein Ohr statt dessen immer intensiver den kriegsgeneigten Amateurberatern leihe, trat Außenminister Bryan am 7.5.1915 von seinem Amt zurück.

Auch in Deutschland war man sich der Gefahr eines Kriegseintritts der USA voll bewußt, da dies abgesehen von deren Waffenarsenal und Menschenreserven auch eine Kettenreaktion bei den Neutralen zuungunsten Deutschlands auslösen würde, was unbedingt zu vermeiden sei.

Auf Grund dieser vielfältigen Überlegungen und als Ergebnis auch ernsthafter Meinungsverschiedenheiten zwischen Wilhelm II, dem Reichskanzler sowie der obersten Heeres- und Marineleitung – letztere bestand auf einer konsequenten oder gar keiner U-Boot-Kriegsführung – gelangte, um die USA zu versöhnen, am 6.6.1915 ein kaiserlicher Befehl an die U-Boot-Kommandanten, "große Passagierdampfer nicht zu versenken". Dieser Befehl sollte zunächst geheim bleiben, um nicht als Schwächezeichen ausgelegt zu werden. Wäre er in Washington zeitig bekannt geworden, so hätte er dort vielleicht eine friedensgeneigtere Stimmung gefördert und womöglich den Rücktritt Bryans verhindert.

Die Note aus Washington nach Berlin vom 9.6.1915 wies zwar die deutschen Behauptungen von der Bewaffnung und dem Munitionstransport der *Lusitania* zurück – eine nachweislich falsche Information – und verwies noch einmal auf das Recht der Amerikaner, auf Schiffen reisen zu können, wie sie wollen, ohne damit den Schutz des Staates einzubüßen. Doch war dem Text zu entnehmen, daß man in Washington den *Lusitania*-Fall nicht zum Anlaß eines Kriegseintritts nehmen.

Auf diplomatischem Wege wurden die USA kurz darauf informiert, die Reichsregierung erhoffe sich einen Ausgleich mit den Vereinigten Staaten, indem Deutschland auf die Bekämpfung großer Passagierdampfer verzichte, falls die USA dafür garantieren würden, daß auf solchen Schiffen keine Waffen und Munition transportiert würden. Wilson erachtete diese Anregung als "gänzlich unklug und mindestens völlig unannehmbar".

Derweil hatten die deutschen U-Boote bereits 6 große Passagierdampfer anbehalten lassen, "obgleich es möglich gewesen wäre, sie ohne Warnung zu versenken."⁷¹

Die US-Note vom 21.7.1915 forderte Deutschland unmißverständlich auf, den U-Bootkrieg einzustellen und "die Freiheit der Meere" für alle Amerikaner zu garantieren, demgegenüber das Verhalten Großbritanniens "nicht Gegenstand deutsch-amerikanischer Auseinandersetzungen" sei.

Am 19.8.1915 wurde der große britische Passagierdampfer "Arabic" versenkt. Er hatte eine Munitionsladung im Wert von 1.887.452 Dollar an Bord, führte keine Flagge und versuchte U-24 zu rammen. Außerdem war er bewaffnet. Zwei amerikanische Passagiere kamen dabei ums Leben.⁷²

Der deutsche Botschafter Graf von Bernstorff empfing vom neuen US-Minister Lansing die Lektion

*"Die Zeit zur Erörterung der Frage des U-Bootkrieges sei vorbei; wenn die deutsche Regierung nicht offen erkläre, Angriffe auf Passagierdampfer ohne Warnung würden aufhören, und wenn sie sich nicht an diese Erklärung halten würde, so könne es zweifellos zum Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten kommen."*⁷³

71) Charles Tansill aaO. S. 275

72) Ch. Tansill aaO. S. 277 + Arno Spindler, "The Value of the Submarine in Naval Warfare", 3 Bände, Paris 1933–1935, hier 2. Bd. S. 210–240

73) Charles Tansill aaO. S. 285

74) Charles Tansill aaO. S. 289

67) Ch. Tansill aaO. S. 230 + D. Lawrence "The True Story of Woodrow Wilson", New York 1924, S. 197–198.

68) Ch. Tansill aaO. S. 231

69) Ch. Tansill aaO. S. 232

70) David Hoggan aaO. S. 460

Der Ton war unmißverständlich geworden.

Zwar gab es am 27.8.15 eine kaiserliche Order, keinerlei Passagierdampfer mehr ohne Warnung und Vorsorge für die Sicherheit der Passagiere zu versenken und über den Lusitania-Fall eine schiedsgerichtliche Entscheidung in Den Haag einzuholen, doch die Versenkung eines weiteren Passagierdampfers, "Hesperian", am 4. September 1915 schuf neue Komplikationen, obgleich diesmal keine amerikanischen Bürger davon betroffen waren.

In einer weiteren Unterredung am 13.9. wies Lansing die deutsche Note über die Berechtigung der Versenkung der "Arabic" zurück und forderte ein deutsches Zugeständnis, alle Kauffahrtschiffe, also alle Handelschiffe in die Ausnahmeregelung mit aufzunehmen, was angesichts der Bewaffnung und Kriegstransporte auch dieser Schiffe auf eine Einstellung des U-Bootkrieges hinausläufe.

Tatsächlich fand man sich in Berlin bereit, sich für die Versenkung der "Arabic" zu entschuldigen und Entschädigung für die betroffenen Amerikaner zu zahlen. Man ging sogar noch weiter und stellte am 18.9.1915 den U-Bootkrieg an die britische Insel an.

Eine Geheimbotschaft des US-Präsidenten an den britischen Außenminister Sir Edward Grey, unterschrieben von "Overst" House am 17.10.1915 ist bislang weitgehend unbekannt geblieben. In ihr war die Kriegsbeteiligung der USA angedeutet worden,

"... an Feinden mit der Grundtatsache herbeizuführen, die Deutschland sich selbst fiktiv selbst haben."

Was die kaiserliche Vorwarnung grundsätzlich richtig, und es steht zu Gott, daß es gut Ergebnisse bringen werde.

Aus England erwartete er zwar den Tod von Tausenden von Menschen, aber die Vernichtung von Milliarden von amerikanischen Gütern, aber seine Augen waren auf die kaiserlichen Ergebnisse gerichtet. Er wurde der Diktator der Friedensbedingungen, der Schiedsrichter der Welt war, damit niemand mehr in einem Krieg zu sterben brauche."

Das war schon lange keine Neutralitätspolitik mehr! Die USA-Regierung steigerte die Spannung zu Deutschland Anfang November 1915 mit ihrer ultimativen Forderung, Deutschland habe sich auch für die Versenkung der Lusitania zu entschuldigen, die Ungesetzlichkeit dieser Versenkung zu bestätigen und für die betroffenen Amerikaner ebenfalls Entschädigung zu zahlen.

Am 21.11.1915 hat der deutsche Admiralstab an die U-Boot-Kommandanten den Befehl erteilt, mit Ausnahme von Lazarett- und Passagierschiffen feindliche Schiffe zwischen britischen und französischen Häfen ohne Warnung zu versenken. Es war eine erste Maßnahme, den U-Bootkrieg wieder aufzunehmen.

Am 7.12.1915 sank der italienische Passagierdampfer "Ancona" im Mittelmeer durch Torpedoschuß von U-38, einem österreichischen U-Boot. Etwa 20 Amerikaner verloren dabei ihr Leben. Der Dampfer hatte auf einen Warnschuß hin nicht

gestoppt. Den Mannschaften war 45 Minuten Zeit gegeben, von Bord zu gehen. Erst nach Annäherung eines anderen Schiffes wurde "Ancona" versenkt. Am 29.12.1915 hat sich die österreichisch-ungarische Regierung in Washington entschuldigt und sich zur Entschädigungszahlung für die betroffenen Amerikaner bereit erklärt.

Die Stimmung in den USA schwoll vor dem Hintergrund noch anderer Vorgänge an.

"Im Herbst 1915 war die amerikanische Presse voll von sensationellen Geschichten über Begebenheiten, die in den USA die deutsche Agenten ausführen. Es war schon Lausoy, ein wertvoller Dienst, und die Zeitungen, die ungewöhnliche Nachrichten über die letzten Tage der Kriege, die die Hexenverfolgung im 17. Jahrhundert."

Zahlreiche Verhaftungen führten zu Pressekampagnen, denenzufolge u. a. "Deutschland jetzt innerhalb der Vereinigten Staaten Krieg führe". Der deutsche Militär- und Marineattaché wurden am 1.12.1915 aus Washington ausgewiesen.

Um den Jahreswechsel 1915/1916 war die Reichsregierung bereit, sich mehrfach für die Versenkung der Lusitania zu entschuldigen und Entschädigung für die amerikanischen Opfer zu übernehmen, aber nicht die Unrechtmäßigkeit dieser Kriegshandlung zu bekunden.

Die Londoner *Evening Mail* fol am 4.2.1916 besonders hervor, das

"nach amerikanischen Pattern in Amerika gebaut 1 Boote, von denen 10 im letzten Jahr für die englische Regierung gebaut wurden, sich im Kriegsgeschäft engagieren beabsichtigen."

Nach amerikanischen Statistik schon Anfang 1916 die Firma Du Pont 90% der gesamten Munition der Alliierten im Krieg vertrieben. In diesem Werk arbeitete die Zahl der Angestellten von 5.000 auf 100.000, während die Pulvererzeugung von 2.500.000 Pfund im Jahr 1914 auf 400.000.000 Pfund im Jahr 1918 stieg. Der Gesamtgewinn betrug 266 Millionen Dollar."

Die Kriegslieferungen der USA an die Briten, Franzosen, Italiener und Russen wurden inzwischen verstärkt weiterbetrieben.

"Prof. Staudinger gibt in der Friedenswarte vom Juni 1917 eine Übersicht über Ausfuhr von Kriegsmaterial (Eisen, Eisen, Rost, Eisen und Kohle) seitens der Vereinigten Staaten, bevor Amerika selbst in den Krieg eintrat. Die amerikanische Ausfuhr betrug damals 10 Millionen Dollar."

	1914	1915	1916
nach England	196	119	1850
" Frankreich	111	700	900
" Rußland	22	169	480
" Italien	55	271	300

Im Februar 1916 schlug die plötzlich deutlich erkennbare

76) Charles Tansill aaO S. 306.

77) Ch. Tansill aaO S. 307.

78) Ch. Tansill aaO S. 37.

75) S. Freud, W. Bul III "Thomas Woodrow Wilson" aaO S. 204.

Kriegslüsternheit Wilson's erhebliche Weilen. Der zurück getretene Außenminister Bryan warf ihm in der Febr. Nr der Zeitschrift *Commoner* vor, seine Aufrüstungspropaganda diene dem amerikanischen Kriegseintritt.

*"Die Reden des Präsidenten zeigen, daß er tatsächlich an einen Krieg denkt, in dem die Vereinigten Staaten Angreifer sein werden."*⁷⁹

In hitzigen Debatten mit Kongreßabgeordneten erklärte Wilson (Februar 1916).

*"Ein Krieg wurde an und für sich und unbedingterweise kein Unglück sein, sondern falls die Vereinigten Staaten jetzt in den Krieg zögen, wären sie vielleicht in der Lage, bis Mitte des Sommers zu brechen und würden damit ihr Ziel, einen großen Dienst zu leisten."*⁸⁰

*"Er brauche nicht", so entgegnete er den heftig widersprechenden Vertretern des Repräsentantenhauses, "Krieg zu erklären (solches konnte verfassungsgemäß nur der Kongreß), es genüge, in deutschen Botschafter die Pässe zu übergeben und auf die deutsche Kriegserklärung zu warten."*⁸¹ — Wie gleichlautend klingen doch diese Worte, die Präsident F. D. Roosevelt später gebrauchte:

*"Ich kann niemals Krieg erklären. Ich kann Krieg machen, wenn ich den Kongreß ersuchen möchte, Krieg zu erklären, würden sie darüber 3 Monate diskutieren!"*⁸²

Auf die Kriegslüsternheit Wilson's reagierten die Kongreßabgeordneten, die von ihm am 21.2.1916 zu einer Vorbesprechung ins Weiße Haus gebeten worden waren, mit Besorgnis und Empörung, die sich sogleich auf weite Teile der Kongreßabgeordneten ausdehnten.⁸³

Spezieller Anlaß für Wilson's nun öffentlich vertretene Kriegswilligkeit war die Ankündigung des Deutschen Auswärtigen Amtes vom 8.2.1916, daß „in kurzer Zeit“ bewaffnete Handelschiffe feindlicher Mächte ohne Warnung versenkt würden. Was nicht erklärt und auch dem deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff unverständlicherweise nicht zur Kenntnis gegeben wurde, war der Befehl an die deutschen U-Boote vom 24.2.1916, daß Passagierdampfer, auch wenn sie bewaffnet wären, geschont werden sollten. Diese Information hätte zweifellos dem Kongreß in seiner Auseinandersetzung mit Wilson den Rücken gestärkt.

Am 11.2.1916 erging ein Befehl des Kaisers, der am 29.2. in Kraft gesetzt werden sollte bewaffnete feindliche Handelschiffe als feindliche Kriegsschiffe zu bekämpfen. Ein neuer Befehl vom 23.2.1916 nahm große Passagierdampfer aus, auch wenn sie bewaffnet seien.

In genau diesen Tagen schrieb einer der einflußreichsten amerikanischen Demokratischen Parteiführer, Claude Kittchen, an einen Freund:

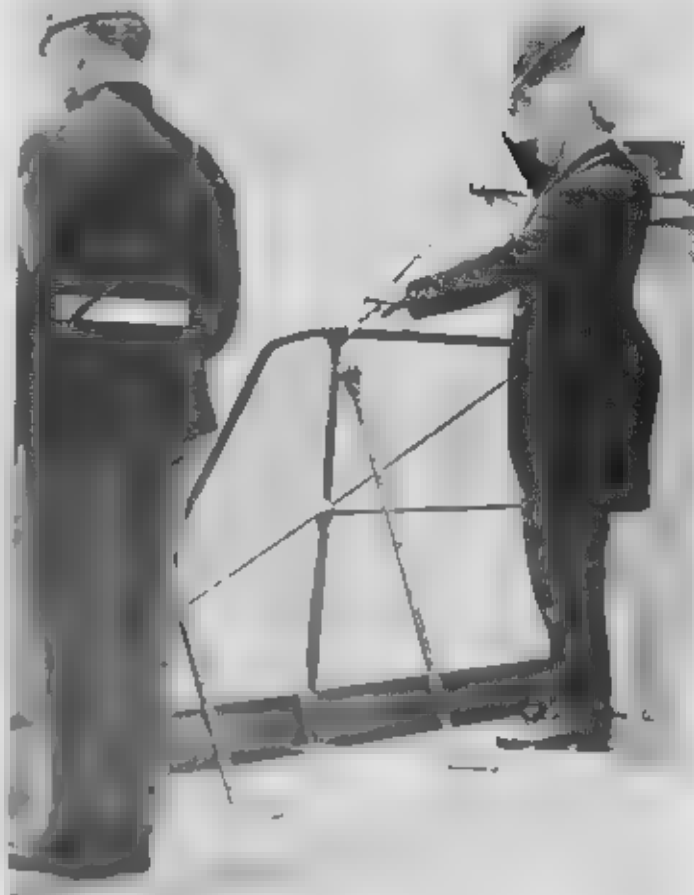
"Ich glaube, der Präsident möchte gern Krieg mit Deutschland, — seine Sympathien sind so sehr für die Alliierten. Ich fürchte, der Präsident paßt die erste Gelegen-

79) Charles Tansil: aaO S. 369.

80) Tansil, 370 + 371, Congressional Record, Bd. 53, Anhang S. 833.

81) Ch. Tansil aaO S. 371 + 372.

82) H.E. Barnes, „Enlightened Heaviness“ aaO S. 143 + A. Wodemeyer: „Der verwalte Krieg“ aaO S. 7.



Woodrow Wilson an Bord der "George Washington" auf dem Wege nach Europa

heit ab, gegen Deutschland loszutreten und unser Land in einen weltumspannenden Krieg zu verwickeln."⁸⁴

In einem Geheimabkommen zwischen dem britischen Außenminister Sir Edward Grey und "Oberst" House am 22.2.1916, von dem selbst der US-Kongreß nichts wußte, war Großbritannien und Frankreich versichert worden, die USA würden weitere Waffen liefern und sich „wahrscheinlich“ (dieses „wahrscheinlich“ setzte Wilson am 9. März, als er dieses



Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg begrüßt 1918 die heimkehrenden baltischen Truppen vor dem Einmarsch in Kassel zur Demobilisierung. Angesichts der überaus harten Waffenstillstandsbedingungen mit Vorablieferung ungeheurer Transport- und Lebensmittel — abgesehen von Waffen und anderem Material — und aufgezwungener Kurzfristigkeit stellten disziplinierter Rückzug und Entlassung der Armee schwerste Anforderungen an Generalstab und Truppe.

83) Ch. Tansil aaO S. 376.

Geheimabkommen sanktionierte, in den Text ein) am Krieg an der Seite der Entente beteiligen, wenn es notwendig werden sollte, „sie zu retten und einen auf Gerechtigkeit aufgebauten Frieden zu garantieren“⁸⁴. Zudem würden die USA zu einem von London und Paris als geeignet bezeichneten Zeitpunkt eine Friedenskonferenz einberufen. Sollte diese dann an Deutschland, aus welchem Grund auch immer, scheitern, so würden die USA „wahrscheinlich“ an der Seite Englands und Frankreichs in den Krieg eintreten. Auf irgendwelche britisch-französische Kriegszielforderungen oder Gründe der Ablehnung schien es gar nicht anzukommen, auch nicht auf die Sachlichkeit von Argumenten, hatte sich zwischenzeitlich doch die von der britischen Kriegspropaganda neu ausgerichtete Mentalität auch in den USA schon nahezu durchgesetzt.

Am 24.3.1916 wurde der ohne Flagge fahrende französische Truppentransporter „Sussex“ zwischen Folkestone und Dieppe mit Amerikanern an Bord torpediert (er konnte sich noch in einen französischen Hafen retten).

Trotz intensiver Bemühungen von „Oberst“ House und Lansing verschloß sich diesmal doch Präsident Wilson, mit Deutschland die Beziehungen abbrechen, wenngleich er am 18.4. eine Dronnote an die Berliner Adresse richtete, in der er auf den Abbruch der Beziehungen verwies, sofern die deutsche Regierung nicht unverzüglich ihre gegenwärtigen Methoden des U-Bootkrieges aufgebe.

Nach heftigen Debatten in der deutschen Regierung und Obersten Heeresleitung entschied der Kaiser am 1.5.1916, sich den amerikanischen Bedingungen zu unterwerfen, d.h. den U-Bootkrieg in der Kriegszone gänzlich einzustellen, da er angesichts der Bewaffnung und des offensiven Vorgehens der Frachter gegen aufgetaucht fahrende U-Boote (was Wilson allenfalls als „völkerrechtsgemäß erlaubt“ angesehen hatte) praktisch nicht mehr durchführbar war.

Der Hinweis in der deutschen Note, Großbritannien zur Einhaltung völkerrechtlicher Grundsätze anzuhalten, erwies sich ebenso als Wunschtraum wie die Erwartung, daß sich Wilson nun für Neutralität und Frieden einsetzen würde.

Abgesehen von der nun erfolgten Einstellung des U-Bootkrieges ließ auch die deutsche Antwortnote an Wilson durchblicken, daß Deutschland auf seine Friedensinitiative hoffe. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat dem US-Botschafter in Berlin, Gerard zusätzlich mehrfach den deutschen Friedenswillen und die Erwartungen, die man diesbezüglich in Wilson setze, bekundet.⁸⁵

Auch war die amerikanische Regierung davon unterrichtet, daß das Auswärtige Amt in Berlin durch die Heeres- und Marineleitung erheblichen Pressionen ausgesetzt war, den U-Bootkrieg wieder aufzunehmen.

Die britische Regierung jedoch ließ durchblicken, daß sie jegliche Friedensvorschläge und neutrale Vermittlungsversuche ablehne und auf der „Ausrottung des deutschen Militarismus“ bestehe. Diese Sachlage war Lansing bekannt, als er im Hochsommer 1916 diese Nachricht dem König von Spanien

übersandte und ihm damit das Scheitern seiner versuchten Vermittlung im Zusammengehen mit den USA kundtat.

*Der Präsident wollte versuchen, die amerikanischen Interessen zu wahren, eine Vermittlung wurde aber durch seine Weigerung in Angriff genommen.“*⁸⁶

Diese Mitteilung ging an den Reichskanzler am 6. September 1916. Zwei Tage darauf sandte v. Bernstorff ein Telegramm nach Berlin, in dem er darauf hinwies, die Wiederherstellung Belgiens würde auf die amerikanische öffentliche Meinung einen sehr guten Eindruck machen. Wurde Präsident Wilson neu gewählt, so sei „seine Vermittlung noch vor Jahresabschluss sehr aussichtsreich.“

Die deutschen Friedenserwartungen wurden dringlicher. Am 25. September wurde Lansing informiert, daß Deutschland sofort Delegierte zu einer Friedenskonferenz entsenden würde. Doch wiederholt verwies Wilson auf seine Wiederwahl als Voraussetzung für eine Friedensinitiative.

Ein neues Kriegsereignis überschattete die Stimmung in den USA. Deutsche Erlasse zur Arbeitsverpflichtung arbeitsloser Belgier ins Reichsgebiet entfachte große Entrüstung wegen solcher „Sklavenzüge“. Sie lieferten neue Nahrung für die Diffamierungspropaganda. „Humanität, Menschenrechte, zivilisierte Nationen“ füllten vermehrt den Forderungskatalog der alliierten Presse und vergrößerten den Abgrund gegenüber den „Barbaren, Hunnen und Vandalen“.

Wilson hat im November 1916 die Wiederwahl gewonnen mit dem Wahlschlager „Er hielt uns von dem Krieg heraus.“ Sein Propagandachef George Creel versichert ihm gegen in seinen Memoiren, daß Wilson vor dem November 1916 sich sehr genau darüber im klaren war, nach seiner Wahl die USA in den Krieg zu führen.⁸⁷

Wilson hatte jedoch als Wahlschlager zusätzlich ausgegeben, daß er auch in Zukunft die USA aus dem Krieg heraushalten wolle. Hätte die Bevölkerung gewußt, daß er sich im Geheimabkommen mit Großbritannien vom 9.3.1916 bereits auf den Kriegskurs festgelegt hatte und mit seinem Wahlversprechen den größten Schwindel seines Lebens beging, wäre er mit vernichtendem Ergebnis abgewählt worden.⁸⁸

Nach seiner Wiederwahl stellte Wilson Ende November 1916 einen „ersten Entwurf“ eines Friedensvorschlages zusammen, ließ sich jedoch von „Oberst“ House, Lansing und etlichen anderen umstimmen und blieb weiterhin untätig.

Zur gleichen Zeit, am 22.11.1916 gab v. Bethmann-Hollweg dem amerikanischen Geschäftsträger Grew, der Botschafter war auf Urlaub in den USA) zu verstehen:

„Sollten seine Hinweise auf den Wunsch Deutschlands nach Frieden weiterhin abgelehnt werden, wäre Deutschland gezwungen, zur Selbstverteidigung harte Maßregeln zu ergreifen, aber daran trage Deutschland dann keine Schuld. Ein Jahr lang sei Deutschland zum Frieden bereit.“

86) Ch. Tansill aaO. S. 474 + Johann Bernstorff: „Deutschland und Amerika – Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege.“ Berlin 1920 S. 282.

87) J. Bernstorff aaO. S. 285.

88) David Hoggan: „Mr. Wilson“ aaO. S. 154.

89) S. Freud / W. Bulitt: „Thomas Woodrow Wilson“ aaO. S. 214.

84) Ch. Tansill aaO. S. 367.

85) Ch. Tansill aaO. S. 469 + 471.

Offiziell übergab ihm dann der Reichskanzler am 12.12.1916 nach seiner Reichstagsrede, in der er den Verzicht Deutschlands auf alle Annexionen bekundet hat, eine Note, in der Deutschlands Bereitschaft zu sofortigen Friedensverhandlungen zum Ausdruck gebracht wurde. Für Wilson "kam dieses Angebot ganz ungelegen".

Immerhin: Am 18.12.1916 leitete Wilson an die kriegführenden Mächte eine Note mit der Bitte ihre Bedingungen anzugeben, unter denen sie bereit seien Frieden zu schließen.

"Der Präsident schlug weiter vor, die kriegführenden Mächte zu einer Untersuchung anzuhalten, die neutralen und kriegführenden Staaten erfahren, wie sie die Verwirklichung des Ziels des Friedens sehen, wonach sich die ganze Menschheit mit ihrem nicht wachsendem Begehren schenkt."

Die Reaktion der Kriegführenden war enttäuschend. Die Reichsregierung lehnte es ab, als erste Partei ihre Bedingungen bekanntzugeben, würde hingegen einen unmittelbaren Gedanken-austausch unter den kriegführenden Mächten als den geeigneteren Weg ansehen, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Die Regierungen Englands und Frankreichs machten klar, daß sie auf Vernichtung Deutschlands und demütigenden Forderungen beharrten. Die deutsche Friedensnote vom 12.12.1916 lehnten sie als bedeutungslos und unaufrichtig ab. Dieses brüske Verhalten war eine Folge von Geheimverträgen, die die Ententemächte zur Neuverteilung der europäischen "Beute" unter sich abgeschlossen hatten. Idealistische Beweggründe, um die Welt "sicherer für die Demokratie" zu machen, standen hierbei nicht Pate.

Dennoch wurden den USA am 10. Januar 1917 die erbieten Bedingungen von London und Paris spezifiziert.

1. Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros mit einer schuldigen Entschädigung, 2. Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit gerechten Wiedergutmachungen, 3. Rückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt entrissen worden sind, 4. Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, 5. Entfernung des Osmanischen Reiches (Türkei) aus Euro-



Herbert Hoover - "My own Story", USA 1957 Pocket Books hinter S. 148:

"Der Erste Weltkrieg führte mich von der Wall Street weg in öffentliche Aufgabenbereiche. Nachdem ich als Vorsitzender des Ausschusses für Kriegswirtschaft gedient hatte, wurde ich von Woodrow Wilson nach Paris berufen, um dort die Bestimmungen des Friedensvertrages auszuarbeiten zu helfen. Dort lernte ich Louis Loucheur von Frankreich, Winston Churchill und David Lloyd George kennen."

pa, 6. Reorganisation Europas. Burgschaft für ein dauerhaftes Regime, das auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist.

Die möglicherweise auch vor Wilson lange Jahre geheimgehaltenen - britischen Kriegsziele waren indessen:

Vernichtung der deutschen Flotte, die Beschlagnahme der deutschen Handelsflotte, die Ausschaltung Deutschlands als wirtschaftlichen Konkurrenten, die Forderung aller krieglichen Entschädigungen, die Wegnahme aller deutschen Kolonien, Entfernung Deutschlands und des Osmanischen Reiches (Türkei), ...

Die deutschen Friedensbedingungen erfuhr Oberst House am 31.1.1917

1. Rückgabe des von den Franzosen besetzten Teils von Oberelsaß;

2. Ziehung einer Grenze,

die Deutschland und Polen wirtschaftlich und militärisch gegen Rußland sichern würde;

3. Rückgabe von Kolonien entsprechend der deutschen Bevölkerung und den wirtschaftlichen Interessen,

4. Rückgabe der besetzten Teile Frankreichs gegen strategische und wirtschaftliche Grenzberichtigungen und finanzielle Kompensationen,

5. Wiederherstellung Belgiens unter besonderer Garantie der Sicherheit Deutschlands,

6. Wirtschaftliche und finanzielle Kompensationen auf der Grundlage des Austausches der eroberten Gebiete

7. vernünftige Handelsverträge

Demgegenüber verbläbte der am 7.1.1917 diplomatisch nachgeschobene deutsche Versuch, sich für Erörterungen über schiedsgerichtliche Einrichtungen, Friedensliga, Abrüstung, "Freiheit der Meere" usw. bereitzuhalten.

Die so festgefahrene außenpolitische Lage und der ständige Nachschub an Kriegsmaterial von USA nach England und Frankreich veranlaßte Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg - sogar mit Zustimmung der sonst als Kriegsgegner agierenden Sozialisten -, den Forderungen der Obersten Heeresleitung (Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Admiral v. Holtzendorff) nachzugeben und mit Befehl vom 11.1.1917 und mit Wirkung vom 1.2.1917 die Wiederaufnahme des ungeschränkten U-Bootkrieges bekanntzumachen. Jedes be-

92) S. Freud - W. Boll: "Thomas Woodrow Wilson" aaO S. 207

90) Ch. Tansill aaO. S. 491

91) Ch. Tansill aaO. S. 495 + 498

waffnete feindliche Frachtschiff sollte torpediert werden.

Mag auch Wilson in jenen Tagen vielen Einflüsterungen zugunsten eines Kriegseintritts der USA widerstanden und letztmalig am 22.1.1917 vor dem Senat seine Friedensbemühungen herausgestellt haben, so blieb er doch der Gefangene aller seiner bisherigen Entschlüsse von 1914 an und von ihm geprägter Entwicklungen einer unneutralen, gewaltigen Begünstigung der Alliierten und damit auch deren Kriegszielen, die nach wie vor auf die "Ausrottung des deutschen Militarismus", der Entwendung der deutschen Kolonien, aber auch auf die Erwerbung der Ölquellen am Persischen Golf als Beute aus der Zerschlagung des Osmanischen Reiches ausgerichtet waren.

Doch Wilson war schon in seiner Jugend ein geübter Schauspieler.⁹³⁾ So wußte er in seinen öffentlichen Reden neben vielen hochtönenden Phrasen und Unwahrheiten, mit denen er seine Friedensbemühungen einzukleiden verstand, auch in seiner Ansprache vor dem Senat am 21.1.1917 seine Doppelmoral zum Ausdruck zu bringen:

*"Es sei seine persönliche Entscheidung, daß die USA den zukünftigen Frieden garantieren würden."*⁹⁴⁾

Und diese »persönliche Meinung« war ihm natürlich von seinen eigenen Ratgebern eingeredet worden, so auch von **Bernard Baruch** und den Bankiers **J.P. Morgan & Co**, die angesichts ihrer Überschuldung infolge ungesicherter Milliarden Anleihefinanzierungen und dem Zusammenfallen der russischen Front in Panik geraten waren. Wie sehr sich Wilson diesem Drängen ausgesetzt sah und ihm nachgab, zeigte sich auch in seiner sofortigen Zustimmung, die bei der **J.P. Morgan & Co Bank** privat gezeichneten Anleihen mit Kriegseintritt auf das Finanzministerium zu übertragen und damit dem Steuerzahler aufzubürden.

*"So hatte sich die US-Regierung in wachsendem Maße zum bloßen Handlanger der sich zur internationalen Geltung aufschwingenden privaten New Yorker Bankhäuser machen lassen."*⁹⁵⁾

Im Klartext hieß das, Wilson hat persönlich entschieden – und zwar bevor die Wiederaufnahme des deutschen unbeschränkten U-Bootkrieges wirksam werden sollte –, die USA zur Kriegsteilnahme zu verpflichten, denn anders hätte er nicht "den zukünftigen Frieden garantieren" können; zumal er keinerlei Abkehr von seiner bisherigen Allianz mit England und Frankreich angedeutet, geschweige denn unmißverständlich klar gemacht hat.

Eine neuerlich Ende Januar 1917 nachgeschobene Botschaft, die der Reichskanzler mit der Obersten Heeresleitung abgesprochen hatte und die eine erneute Einstellung des U-Bootkrieges vorsah, falls eine auszuarbeitende Grundlage für Friedensverhandlungen Aussicht auf Erfolg hätte, lehnte Wilson als sinnloses Bemühen ab.

Sein Außenminister **Lansing** verfaßte derweil am 28.1.1917

seine "Kreuzfahrer"-Denkschrift:

*"Wenn unser Volk nur Bescheid wüßte über die uner-sättliche Gier dieser deutschen Autokraten in Berlin und über ihren dunklen Plan, die Welt zu beherrschen, wären wir heute im Krieg. ... Früher oder später werden die Würfel fallen, und wir werden mit Deutschland Krieg haben. ... Die Alliierten dürfen nicht geschlagen werden."*⁹⁶⁾

Am 3.2.1917 ließ Wilson – obgleich sein Kabinett "zu keinem Entschluß gekommen war" –, die Beziehungen zu Deutschland abbrechen, am 12.3. die amerikanischen Handelsschiffe bewaffnen. Am 20.3.1917 – 5 Tage nach dem Sturz des russischen Zaren – teilte Wilson dem Kabinett seinen Kriegsentschluß mit. Er erwartete also gar keine deutsche Kriegserklärung.

Am 24.1917 hielt Wilson im Kongreß seine "Kreuzfahrer"-Ansprache:

*"Der uneingeschränkte U-Bootkrieg sei ein Krieg gegen die Menschheit, die USA könnten nicht den Weg der Unterwerfung gehen, die heiligsten Rechte unserer Nation mißachten lassen. Man werde für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen an der Seite der Alliierten kämpfen."*⁹⁷⁾

Der Kongreß stimmte danach einer Resolution zu (der Senat am 4.4. mit 82 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen, das Repräsentantenhaus am 5.4. mit 373 gegen 50), derzufolge

"Deutschland den Vereinigten Staaten den Kriegszustand aufgezwungen habe".

Am 6.4. 1917 trat mit der Unterschrift Wilson's der Kriegszustand in Kraft.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Ententemächte von den USA allein Anleihewerte für Kriegsmaterial über 2,506 Milliarden Dollar erhalten. Hinzuzuzählen wären jene Summen, die England und Frankreich oder auch Rußland regulär ohne Kredit bezahlt haben. Allein im Jahr 1916 nach Einstellung des deutschen U-Bootkrieges hatten die USA an England und Frankreich Kriegsmaterial im Wert von 1,29 Milliarden Dollar geliefert.⁹⁸⁾

Die Opposition gegen die US-Kriegsbeteiligung war nicht nur im Lande gewaltig, sondern auch im Kongreß unüberhörbar. Senator **Norris** geißelte den Entschluß Wilson's, die Welt mit Kriegseintritt der USA "für die Demokratie sicherer zu machen", als "Krieg auf Befehl des Goldes". Senator **LaFollette** verwies darauf, daß "Deutschland sehr geduldig mit uns umgegangen war". Senator **Warren Harding**, der Wilson im Präsidentenamt 1921 nachfolgen sollte, warnte davor, daß Wilson's Unterwerfung unter die britischen Kriegsziele mit der Forderung auf Sturz der Reichsregierung den Bolschewismus nach Zentral-Europa hereinkommen werde und allein dies schon seinen Auslassungen über die "Sicherung der Demokratie" widerspreche.

Gegen diese gestandenen Männer konnte Wilson zwar nichts unternehmen, dafür aber gegen die unzähligen "kleinen Leute" im Lande. Dafür hatte er seinen übereifrigen General-

93) Hermann Lufft, "Von Washington zu Roosevelt", Berlin 1944, S. 213.

94) David Hoggan aaO. S. 456.

95) William Engdahl, "Mit der Ölwanne zur Weltmacht", Wiesbaden 1993, S. 88.

96) Ch. Tansill aaO. S. 515.

97) Ch. Tansill aaO. S. 528.

98) Ch. Tansill aaO. S. 43 + 50 + 531.

staatsanwalt Elihu Root. Dieser wollte sogleich alle Kriegsgegner erschießen lassen und hat tatsächlich dafür gesorgt, daß

"viele Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt wurden – im Gegensatz zu Deutschland, wo im Ersten Weltkrieg 25.000 von ihnen zu einem Dienst ohne Waffen zugelassen wurden." 99)

Eine American Protective League wurde gegründet, "um alle Drückeberger strafrechtlich zu belangen".

"Die Kampagne kam zwar bis 1918 nicht in vollen Schwung, doch die Autoren verweisen auf eine »amerikanische Herrschaft des Terrors«. Es setzten Verfolgungswellen gegen Deutsche ein, die inhaftiert, sogar vielfach getötet wurden, dazu Aktionen mit Verbrennen von Büchern, Arbeitsentlassungen und dergl.

Es wurde allgemeine Praxis, Fremde zu zwingen, die amerikanische Fahne zu küssen. Es gab symbolische Verbrennungen von Bildern und Puppen angeprangerter Personen, freilich auch Schlägereien usw." 100)



Die alliierte Öffentlichkeit präsentierte Präsident Woodrow Wilson stets als den großen Friedensfreund und Friedensmacher. Er hat jedoch die USA aus ihrer Neutralität bewußt heraus und in den europäischen Krieg, damit in eine dauerhafte Verstrickung mit stets sich weiterentwickelnder imperialer Ausdehnung hineingeführt. Innerhalb der 4 Jahre von 1914 bis Juli 1918 hatte sich Wilson zur Anwendung militärischer Gewalt entschlossen: zweimal in Mexiko, in Haiti, der Dominikanischen Republik, im Ersten Weltkrieg, dann in Nord-Rußland und Sibirien.

Wilson als Imperialist

Den permanenten Ausdehnungsdrang der weißen Bevölkerung im nordamerikanischen Raum seit Beginn der großen Einwanderungen mit Kriegszügen, Mord, Raub, gebrochenen Versprechen, Handelsübereinkommen, Finanzierung und Aufstachelung von Revolutionen, z.B. in Mexiko, Kolumbien und noch entfernteren Regionen hat Präsident Wilson 1913 als Erblast übernommen und fortgesetzt. Bis zu seinem Machtantritt haben die USA bereits erworben:

Alaska (gekauft von Rußland 1867 samt Aleuten für 7,2 Millionen Dollar)

Kuba galt seit 1901 praktisch als Protektorat der USA bis 1934.

Die Philippinen wurden im Frieden zu Paris 1898 den Spaniern weggenommen, ebenso Puerto Rico (Insel der kleinen Antillen in der Karibik)

Hawaii, ein Pazifikarchipel aus über 20 Inseln.

Nach Errichtung einer Marinebasis in Pearl Harbor 1887 erfolgte 1898 die Annexion und 1900 die Einverleibung in den Staatsverband der USA.

Panama

Da 1903 ein ausgehandelter Kaufvertrag zwischen Kolumbien und den USA in Bogota nicht ratifiziert wurde (die USA wollten für das Gebiet des geplanten Panama-Kanals 10 Millionen Dollar einmalig und 250.000 Dollar jährlich zahlen), wurde mal kurz dort ein US-Marine-Kontingent gelandet und

am 3. November 1903 eine Revolution in Gang gesetzt. Die USA haben diese "de facto-Regierung" des neuen Staates Panama 3 Tage später bereits anerkannt.

Theodore Roosevelt hat nach Beendigung seiner Amtszeit eingestanden:

"Wäre ich den traditionellen konservativen Methoden gefolgt, so hätte ich eine würdige Staatsdenkschrift von vielleicht 200 Seiten Länge dem Kongreß unterbreitet, und der Kongreß würde noch jetzt darüber debattieren. Aber ich nahm die Kanalzone und ließ den Kongreß reden. Und während der Kongreß noch immer weiter redet, geht der Kanalbau weiter." 101)

1914 ist der Panama-Kanal provisorisch benutzbar geworden.

Holländisch Guyana sowie die pazifischen Inseln Guam und Wake

Bei Übernahme seiner Präsidentschaft erklärte Wilson feierlich, keinen Fuß weiteren Landes mehr annektieren zu wollen. Von einer Freigabe bisher besetzter und nicht zum Großraum der USA gehörender Gebiete sprach er nicht.

Am 22.2.1913 wurde der Präsident Mexikos ermordet. Den Offiziersputsch hat der Vollblutindianer Victoriano Huerta ausgeführt. Statt die für die USA üblich gewordene "de facto"-Anerkennung auszusprechen, verurteilte Wilson in einer seiner ersten Amtshandlungen als neuer Präsident der USA die Revolution in Mexiko als "Regierung von Metzgern"

101) Hermann Löffel, "Von Washington zu Roosevelt", aaO. S. 167.

99) D. Hoggan aaO. S. 198

100) David Hoggan, "Myth ..." S. 156 - 157.

Am 21.4.1914 besetzten unter nichtigem Vorwand amerikanische Marine-Einheiten die Stadt Vera Cruz, was im Juli 1914 zum Sturz von Huerta führte. Zwar wurden die US-Truppen im November 1914 nach Installierung einer US-genehmen Regierung wieder abgezogen, doch dann ordnete Wilson im März 1916 eine neue Strafexpedition an. Sie führte 600 km nach Mexiko hinein, wurde aber 1917 mit Eintritt der USA in den Weltkrieg abgebrochen. Inzwischen hatten die amerikanischen Ölinteressenten der Standard Oil den Briten die Ölquellen Mexikos abgejagt.

1914 brach in Santo Domingo in der Karibik eine "teilweise vom US-Geheimdienst angefachte" Revolution aus, die Wilson im November 1915 veranlaßte, ein Protektorat der USA zu fordern. Nach heftigen Protesten und erneuten Unruhen setzte Wilson einen Zustand der militärischen Besetzung und Militärregierung durch.

Haiti – in derselben Region – galt für Wilson als weiteres Zielgebiet seiner außenpolitischen Ambitionen. Den Ausbruch des europäischen Krieges 1914 – der Plan hierfür war indes schon vorher ausgeheckt worden –, schließlich auch den gewaltsamen Sturz eines verhaßten Präsidenten in Port au Prince nutzend, landete Wilson im Juli 1915 einige tausend Marinetruppen "zum Schutz von Leben und Eigentum der Ausländer". Die neu eingesetzte Regierung schloß mit den USA einen Vertrag ab, der einer Annexion gleichkam. Dieser Zustand dauerte bis 1934, als die US-Marinetruppen wieder zurückgezogen wurden.

1916 ließ Wilson Nicaragua besetzen. Auch hier wurden die US-Truppen erst 1933 wieder abgezogen.

1917 eigneten sich die USA unter Wilson's Führung die Dänemark gehörenden strategisch wichtigen Jungferninseln (kleine Antillen in der Karibik) unter Druck für 25 Millionen Dollar an.

Und was Europa anbetrifft, so konnte Wilson wohl sagen, die USA seien der einzige ranghohe Siegerstaat gewesen, der den Konferenztisch in Versailles ohne Annexionen, somit ohne territoriale Beute verlassen habe, doch sollte hierbei der amerikanische Dollarimperialismus nicht verkannt werden. Er nämlich untergrub – und untergräbt bis heute – die Souveränität des Besiegten vollends, indem er nicht mehr mit unabhängigen Politikern unabhängiger Staaten zu verhandeln hat, sondern, wie man es schon 1919 formuliert hat, mit Leuten, die im Abhängigkeitsverhältnis zur wirtschaftlich führenden Siegermacht stehen, quasi als Angestellte einer Völkergesellschaft GmbH, in welcher der Geschäftsführer das Sagen hat. Von ihr werden nicht Provinzen unter fremde Fahnen gestellt, mit fremden Völkern besiedelt, jedoch Betriebe, Industrien, Natio-

nalvermögen fremdvölkischen Aufkäufern zu Ausverkaufspreisen übereignet. So schrieb schon ein Sachkenner der neutralen *Zürcher Post* am 14.10.1919,

„daß die amerikanischen Milliardäre halb Österreich und Deutschland zu Viertelpreisen an sich zu bringen suchen.“ 102) S. 294

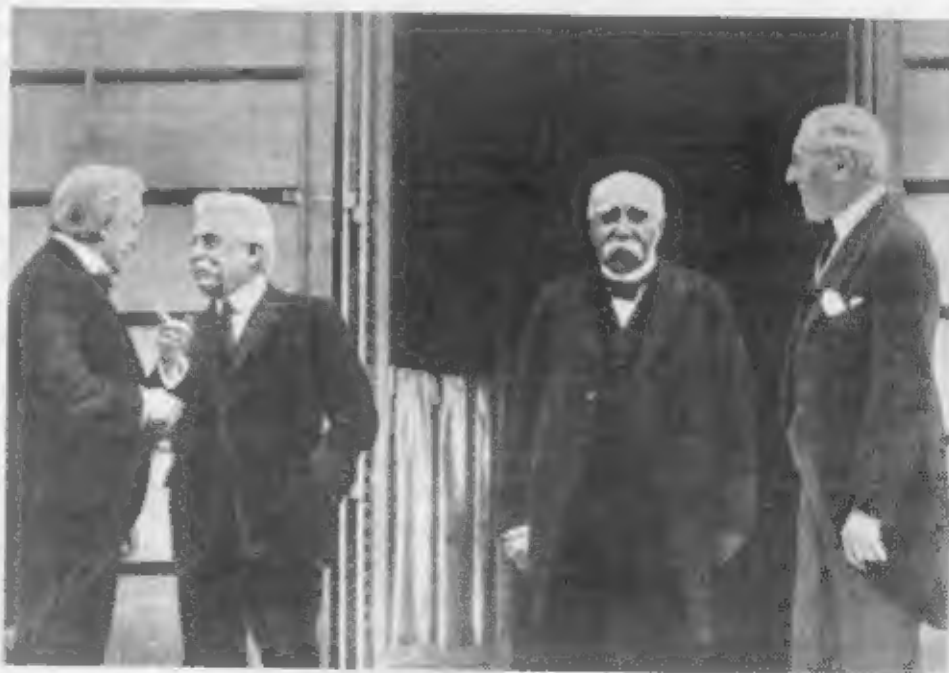
An die Weiterentwicklung dieser Politik bis zum Zweiten Weltkrieg und in die Gegenwart sei erinnert.

Und diese Methode hatte Präsident Woodrow Wilson gewiß vor der Versailler Konferenz bzw. schon bei Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Jahre 1917 als Zielvorstellung für Europa vor Augen, erklärte er doch am 9.6.1918 mexikanischen Journalisten, obgleich er wußte, daß allein Großbritannien zu jener Zeit 25% der gesamten Erdoberfläche (5½ Millionen qkm) in Besitz hatte und – die Weltmeere inbegriffen – über mehr als 4/5 der gesamten Erde das Zepher schwang:

„Jetzt, meine Herren, herrscht der Einfluß der Vereinigten Staaten in den Angelegenheiten der ganzen Welt vor. Wir sind die Vorkämpfer dieser mächtigen Nationen.“ 102) S. 297

Der deutsche Historiker Friedrich Meinecke hat das auch schon während des Ersten Weltkrieges nahezu genauso gesehen, schrieb er doch in der „Deutschen Politik“ Nr. 25, 1917:

„Nordamerika scheint das Zukunftsbild eines großen angelsächsischen Weltkonzerns vorzuschweben, der breitbeinig und hemdsärmelig unserem Erdball die Gesetze gibt, in dem ... Nordamerika die Hegemonie übt, aber so, daß England eine Art von Lebensversicherung für sich darin findet.“ 102) S. 303



Die "großen Vier"

Von links nach rechts: Der britische Premier Lloyd George, der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando, der französische Ministerpräsident und Vorsitzende der alliierten Friedenskonferenz Georges Clemenceau und US-Präsident Woodrow Wilson

102) Karl Heise, "Entente-Freimaurerei und Weltkrieg" aaO.

Die vierzehn Punkte Präsident Wilson's in der Botschaft an den Kongreß am 8.1.1918 zum Friedensprogramm der USA

I. Öffentliche und öffentlich zustande gekommene Friedensverträge, denen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art folgen dürfen. Die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt betrieben werden.

II. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf See außerhalb der Hoheitsgewässer im Frieden wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

III. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, soweit sie möglich ist, und Herstellung gleicher Handelsbedingungen unter allen Staaten, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

V. Freie, weitherzige und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche unter strenger Beobachtung des Grundsatzes, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung gleiches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.

VI. Räumung des ganzen russischen Gebiets sowie Regelung aller Fragen, die Rußland betreffen, so daß die beste und freieste Zusammenarbeit der anderen Weltvölker ihm zu einer unbeeinträchtigten und unbehinderten Gelegenheit verhelfe, seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik unabhängig zu bestimmen und ihm eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen sicher ist; und nicht nur das, sondern auch Beistand jeder Art, den es brauchen und selber wünschen mag. Die Behandlung, die Rußland in den nächsten Monaten von seinen Brudervölkern zuteil werden wird, wird der Prüfstein ihrer guten Absichten, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse, auch wo sie von ihren Interessen abweichen, und ihres verständigen und selbstlosen Mitgefühls sein.

VII. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmen wird, geräumt und wieder hergestellt werden, ohne jeden Versuch zur Beschränkung seiner Souveränität, die es in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen genießt. Keine andere einzelne Handlung wird wie diese dazu dienen, unter den Völkern das Vertrauen in die Rechte wiederherzustellen, die sie selbst sich zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander gesetzt haben. Ohne diesen heilenden Eingriff sind Bau

und Geltung des Völkerrechts für immer erschüttert.

VIII. Alles französische Gebiet sollte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt, das Unrecht aber, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde und fast ein halbes Jahrhundert den Weltfrieden gestört hat, sollte wiedergutmacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder gesichert wird.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand sollte durchgeführt werden.

X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den anderen Nationen wir gewährleisten und sichergestellt zu sehen wünschen, müßte freier Spielraum zu selbständiger Entwicklung gegeben werden.

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden; Serbien sollte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten, und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander sollten durch freundschaftliche Verständigung auf den geschichtlich feststehenden Linien der Zugehörigkeit und des Volkstums bestimmt werden; auch müßten völkerrechtliche Sicherungsverträge über die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Gebiets der Balkanstaaten gegeben werden.

XII. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Kaiserreichs sollte unbedingte Selbständigkeit gesichert werden. Aber den anderen Nationalitäten, die jetzt unter der türkischen Herrschaft stehen, sollte völlige Sicherheit des Lebens und ganz ungestörte Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung gesichert werden; die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt den Schiffen und dem Handel aller Nationen unter völkerrechtlichen Bürgschaften dauernd geöffnet werden.

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfassen und einen freien sicheren Zugang zur See erhalten. Seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit seines Gebiets sollte durch völkerrechtlichen Vertrag gewährleistet werden.

XIV. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Völker unter bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, um großen wie kleinen Nationen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebiets zu gewährleisten.